



Vereinigtes Königreich

Daten & Analysen zum Hochschul- und
Wissenschaftsstandort | 2020

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen	3
1. Rahmenbedingungen des Bildungssystems	4
a. Politik	4
b. Wirtschaft	6
c. Bevölkerung	11
2. Hochschul- und Bildungswesen	14
a. Historische Entwicklung	14
b. Rolle des Staates / Autonomie	14
c. Finanzierung der Hochschulen	17
d. Relevante Institutionen	21
e. Merkmale und Unterschiede von Hochschultypen	22
f. Aufbau und Struktur des Studiensystems	23
g. Hochschulzugang	29
h. Der Lehrkörper	29
i. Akademische Schwerpunkte	30
j. Forschung	31
k. Qualitätssicherung und -steigerung	33
l. Hochschule und Wirtschaft	33
3. Internationalisierung und Bildungskooperation	34
a. Internationalisierung des Hochschulsystems	34
b. Bildungskooperationen und Partnerorganisationen	37
c. Deutschlandinteresse	37
d. Deutsche Sprachkenntnisse	39
e. Hochschulzugang in Deutschland	41
4. Empfehlungen für deutsche Hochschulen	44
a. Hochschulkooperationen – FAQ	44
5. Länderinformationen und praktische Hinweise	45
a. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis	45
b. Lebenshaltungskosten und Unterkunft	45
c. Sicherheitslage	46
d. Interkulturelle Hinweise	46
e. Adressen relevanter Organisationen	46
f. Publikationen und Linktipps	47
Impressum	48

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen

Kennzahlen

Erläuterung einzelner Kennzahlen	48
Kennzahl 1: BIP	6
Kennzahl 2: BIP pro Kopf in KKP	7
Kennzahl 3: Wirtschaftswachstum	7
Kennzahl 4: Inflation	7
Kennzahl 5: Export / Import	7
Kennzahl 6: Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland	7
Kennzahl 7: Gini-Koeffizient	8
Kennzahl 8: Bevölkerungszahl absolut	11
Kennzahl 9: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen	12
Kennzahl 10: Bildungsausgaben	18
Kennzahl 11: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	23
Kennzahl 12: Anzahl der Doktoranden	24
Kennzahl 13: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	25
Kennzahl 14: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	25
Kennzahl 15: Absolventen BA und MA	26
Kennzahl 16: Absolventen PhD	27
Kennzahl 17: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	31
Kennzahl 18: Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents)	32
Kennzahl 19: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	32
Kennzahl 20: Knowledge Economy Index (KEI)	32
Kennzahl 21: Anteil ausländischer Studierender	34
Kennzahl 22: Im Ausland Studierende (Anzahl)	35
Kennzahl 23: Im Ausland Studierende (Prozent)	35
Kennzahl 24: Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	35
Kennzahl 25: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	38
Kennzahl 26: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland	38
Kennzahl 27: Anzahl der DAAD-Förderungen	38

Diagramme

Diagramm 1: Entwicklung des BIP	6
Diagramm 2: Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP	6
Diagramm 3: Bevölkerungsentwicklung	11
Diagramm 4: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen (Entwicklung)	12
Diagramm 5: Prognose der Bevölkerungsentwicklung	13
Diagramm 6: Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des	17
Diagramm 7: Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der	17
Diagramm 8: Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der	18
Diagramm 9: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	23
Diagramm 10: Anzahl der Doktoranden	24
Diagramm 11: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	24
Diagramm 12: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	25
Diagramm 13: Absolventen BA und MA	26
Diagramm 14: Absolventen PhD	26
Diagramm 15: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	31
Diagramm 16: Anteil ausländischer Studierender	34
Diagramm 17: Im Ausland Studierende (Anzahl)	34
Diagramm 18: Im Ausland Studierende (Prozent)	35
Diagramm 19: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	38

1. Rahmenbedingungen des Bildungssystems

a. Politik

Nach dem Referendum über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU im Juni 2016 sind fast vier Jahre vergangen, in dem das Land um die Umsetzung des Votums miteinander und mit der EU rang. Nach drei Unterhauswahlen steht das "ob" nicht mehr länger zur Diskussion. Das "wie" bleibt zum jetzigen Zeitpunkt (Mai 2020) immer noch ungewiss. In den letzten knapp vier Jahren hatten sowohl die pro europäischen Brexit-Gegner als auch die moderaten Brexit-Befürworter die Hoffnung, dass der Austritt mit einem Vertrag vollzogen werden könnte, der das Vereinigte Königreich zu seinem Vorteil eng an die EU anbinden würde. Diese Hoffnungen sind allerdings nach dem deutlichen Sieg von Premierminister Boris Johnson im Dezember 2019 geschwunden. Die mit einer ganzen Reihe von Brexit-Hardlinern besetzte Regierung macht keinen Hehl aus der Tatsache, dass der Brexit-Slogan "take back control" vor allem eines meint: Kein weitergehendes "alignment" an die EU. Das bedeutet im Klartext: Raus aus der Zollunion und der EU-Gerichtsbareit. Vielmehr strebt man einen Freihandelsvertrag nach dem Vorbild des CETA-Abkommens der EU mit Kanada an, um dann, frei von den Zwängen der EU, die britische Vision eines "Singapurs and der Themse" zu realisieren. Insgesamt scheint sich das Vereinigte Königreich in der der stärkeren Handelsposition zu wähnen und tritt bei den Verhandlungen entsprechend selbstsicher auf. Die EU wird ihrerseits nicht müde zu betonen, dass sich das Vereinigte Königreich im Vergleich zur Wirtschaftsmacht des Blocks der EU-Staaten eher wie ein Juniorpartner betragen sollte.

Zum 31.01.2020 war der Austritt des Vereinigten Königreichs formal vollzogen und der Beginn der Übergangsphase, die bis zum 31.12.2020 geht, began. Bereits die ersten Verhandlungsrunden machten deutlich, dass es schwierig werden würde, ein so komplexes Abkommen in der dafür vorgesehenen Zeit auszuhandeln. Vor allem Fragen der gemeinsamen Standards, der Fischereirechte und der Status des nordirischen Landesteils als EU-Außengrenze (zur Republik Irland) wurde zu Beginn der Verhandlungen im Februar 2020 heftig gestritten.

Positivere Entwicklungen gab es 2019 bei dem eng mit dem Austrittsvotum assoziierten Thema der Einwanderungskontrolle zumindest für die Zielgruppe der hochqualifizierten Akademiker und der Studieninteressierten. Die positiven Aspekte der Zuwanderung von hochqualifizierten EU-Bürgern für die britischen Hochschulen und die Wirtschaft des Landes insgesamt stehen nun deutlich im Vordergrund. Nicht unerheblich könnten hierbei die Bemühungen der britischen Hochschulverbände Universities UK (UUK) und der Russell Group gewesen sein, die seit dem Referendum unermüdlich Lobbyarbeit für den Erhalt der Attraktivität des Studien- und Forschungsstandort für internationale Zielgruppen gemacht hat. UUK wurde nicht müde, auch den substanziellen Beitrag der Universitäten für die Wirtschaftsleistung und ihre Bedeutung bei der sozialen Entwicklung des Vereinigten Königreichs zu betonen. Diese Strategie hat den Diskurs um die Einwanderung beeinflusst und zu einem - zumindest partiellen - Umdenken geführt. Darunter z. B. die Absenkung des Mindestjahreseinkommens auf 25.000 Pfund, die Wiedereinführung der Möglichkeit nach einem Universitätsabschluss bis zu zwei Jahre zum Arbeiten im Vereinigten Königreich zu bleiben, die Abschaffung einer Obergrenze für die Einwanderung ausländischer Studierender und die Einrichtung eines neuen "Global Talent Visa Scheme", das ganz gezielt auf die Rekrutierung hochqualifizierter Akademikerinnen und Akademiker für die britische Wissenschaft abzielt.

UUK spricht sich zusammen mit anderen relevanten Akteuren ebenso deutlich für den Verbleib in den europäischen Mobilitäts- und Forschungsförderungsprogrammen aus. Ein Antrag der Liberalen Partei, der britischen Regierung die Verpflichtung zur weiteren Teilnahme am Erasmus-Programm als Verhandlungsergebnis vorzuschreiben, wurde jedoch abgelehnt. Die Vorzüge in einem Mobilitätsprogramm wie Erasmus zu bleiben überzeugt die Mitglieder des Unterhauses nicht zwangsläufig. Wieso sollte man hier Geld in ein Programm einzahlen, von dem weit mehr EU-Studierende profitieren, die an britische Universitäten kommen (und dann die niedrigeren "Home Fees" zahlen), als die eigenen, sehr viel weniger mobilen, britischen Studierenden. Mehr Ausschlag dürfte in den Verhandlungen die Frage nach einer weiteren Beteiligung am

Forschungsförderungsprogramm "Horizon Europe" machen. Vom Vorläufer dieses Programms "Horizon 2020" hatte das Vereinigte Königreich vergleichsweise stark profitiert. Auch hierfür verspricht die Regierung eine entsprechende finanzielle Kompensation. Der Charme einer solchen nationalen Forschungsförderung liegt de facto auch in einer stärkeren inhaltlichen Steuerung der Forschung, die im Sinne der Industriestrategie und den Wahlkampfversprechen der britischen Regierung auch zur Aufwertung ("levelling up") ökonomisch schwächerer Gebiete taugt. Es muss deshalb eine Aufgabe der EU-Institutionen, seiner Mitgliedsstaaten aber auch der britischen Wissenschaft sein, die Vorteile eines multinationalen Wissenschafts- und Forschungsverbundes nicht auf das Verteilen von Fördermitteln reduzieren zu lassen.

Im März kamen die Verhandlungen aufgrund des Ausbruchs der weltweiten Coronavirus Pandemie vollständig zum Erliegen. Während die Virus-Pandemie die Welt in eine globale Rezession zieht, erklärte die britische Regierung nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen, dass auch die Pandemie nicht zu einer Anfrage zur Verlängerung der Übergangsphase führen wird. Man würde außerdem auch nicht Willens sein, einer solchen Bitte der EU nachzukommen. Während die meisten Wirtschaftsexperten - auch im Vereinigten Königreich - unter diesen neuen Voraussetzungen für eine Verlängerung der Übergangsphase plädieren, erklärte selbst der Oppositionsführer der Labour Partei, Sir Keir Starmer, eine Verlängerung sei nicht nötig. Johnson solle sich nun anstrengen, den versprochenen Vertrag mit der EU in der vorgesehenen Zeit zum Abschluss zu bringen. Michel Barnier, der Verhandlungsführer der EU, äußerte nach den ersten virtuellen Gesprächen mit dem Verhandlungsführer David Frost den Vorwurf, die Briten würden selber keine substanziellen Vorschläge zur Einigung machen und starr auf ihren Positionen beharren. Themen, bei denen die Briten zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind, werden kategorisch aus den Diskussionen ausgeklammert. Angesichts einer solchen Haltung muss man derzeit davon ausgehen, dass die britische Regierung ein Scheitern der Verhandlungen billigend in Kauf nimmt. Die negativen Folgen eines Austritts ohne Vertrag würden dann in der durch die Coronakrise verursachte globale Rezession "untergehen".

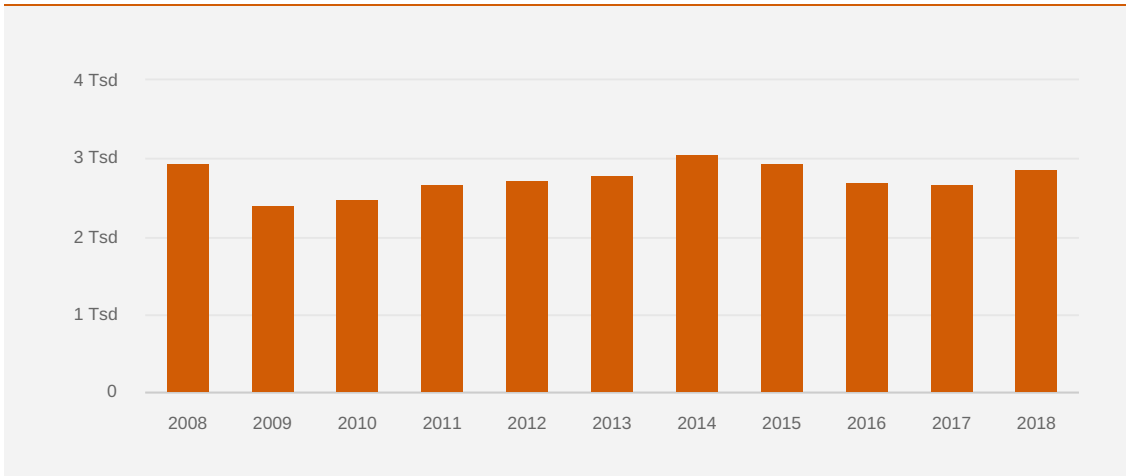
Mit Einsetzen der Ausgangsbeschränkungen zur Bekämpfung der Coronavirus Pandemie, der von einer beispiellosen Ausreisewelle internationaler Studierender begleitet wurde, sieht der britische Hochschulsektor nun verunsichert in die Zukunft. Wir sehr britische Hochschulen finanziell auf internationale Studierende angewiesen sind, tritt in der Coronaviruskrise sehr deutlich zu tage: Laut einer Studie von 2018 stehen Erträgen aus Studiengebühren, Lebenshaltungskosten und geschätzten indirekten ökonomischen Effekten von 22,6 Mrd. Pfund demnach Kosten für Bildung, Gesundheit und Soziales von lediglich 2,3 Mrd. Pfund entgegen (The Higher Education Policy Institute (Quelle: HEPI) / Kaplan International Pathways: [The costs and benefits of international students by parliamentary constituency](#)).

Mehr zu den finanziellen Auswirkungen der Coronakrise auf die britischen Hochschulen im Kapitel "Wirtschaft".

b. Wirtschaft

Diagramm 1: **Entwicklung des BIP**

US-Dollar, in Milliarden



Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 1: **BIP**

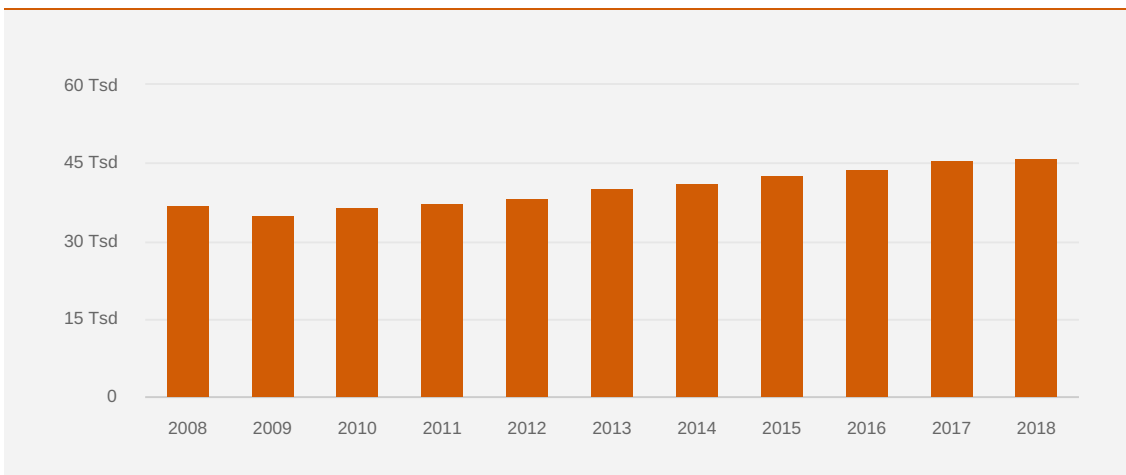
US-Dollar, in Milliarden

Vereinigtes Königreich (2018)	2.855
Im Vergleich: Deutschland (2018)	3.947

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Diagramm 2: **Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP**

US-Dollar



Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 2: **BIP pro Kopf in KKP** US-Dollar

Vereinigtes Königreich (2018)	45.973
Im Vergleich: Deutschland (2018)	53.074

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 3: **Wirtschaftswachstum** in Prozent

Vereinigtes Königreich (2018)	1,39
Im Vergleich: Deutschland (2018)	1,53

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 4: **Inflation** in Prozent

Vereinigtes Königreich (2018)	2,29
Im Vergleich: Deutschland (2018)	1,73

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 5: **Export / Import** US-Dollar, in Millionen

Export nach Deutschland (2019)	42.910.230
Import aus Deutschland (2019)	88.335.873

Quelle: [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online](#)

Kennzahl 6: **Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland**

Rang des Landes bei deutschen Exporten (2019)	5
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland (2019)	11

Quelle: [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online](#)

Kennzahl 7: **Gini-Koeffizient**

Vereinigtes Königreich (2018)

33

Im Vergleich: Deutschland (2018)

31

Quelle: [The World Bank, Data](#)

Das Vereinigte Königreich (UK) erholt sich von der Banken- und Wirtschaftskrise der Jahre ab 2008. Das Wirtschaftswachstum erhöhte sich bis zum Jahr 2014 deutlich (3,1 Prozent), betrug 2018 aber nur noch 1,39 Prozent. Wachstumsquoten, die innerhalb der letzten Jahre teilweise deutlich über denjenigen von Ländern im Euro-Raum lagen und inzwischen sinken, wurden nicht zuletzt durch hohe Konsumentenausgaben erzielt. Dies hat zu einer aus Sicht der Bank of England als „besorgniserregend“ beschriebenen Privathaushaltsverschuldung in Höhe von 200 Mrd. Pfund (Privatkredite, Kreditkartenschulden, Kredite für den Erwerb von Automobilen) geführt. Zusätzlichen Druck auf das Konsumentenverhalten übt die gestiegene Inflationsrate aus. Sie erhöhte sich zum Jahresende 2017 auf 3 Prozent und sank bis September 2019 auf 2,4 1,74 Prozent. Die ökonomische Performanz des Landes, in dem rund 80 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung durch Finanzgeschäfte und Dienstleistungen erbracht werden, rangiert hinsichtlich Produktivitätszuwächsen weiterhin deutlich unterhalb internationaler Vergleichswerte. Hierfür verantwortlich gemacht wird unter anderem der Verzicht auf mittel- bis langfristige Investitionen in der produzierenden Wirtschaft, die nach jahrzehntelangem Niedergang nur noch etwa 10 Prozent des BIP ausmacht. Aufgrund der fortbestehenden ökonomischen Unsicherheit, wann, wie und mit welchen Folgen der Austritt des UK aus der EU vollzogen wird, wird sich hieran voraussichtlich in naher Zukunft wenig ändern. Positiv zu vermerken sind die verbesserten Exportchancen für die britische Wirtschaft, vorrangig erzielt durch den Wertverlust des britischen Pfundes gegenüber den beiden Leitwährungen US-Dollar (circa minus 15 Prozent) und Euro (etwa minus 12 Prozent) seit Juli 2016.

Trotz der zweifachen Verschiebung des Brexitdatums und der damit verbundenen jahrelangen Unsicherheit über die genauen Bedingungen des Austritts hatte die britische Wirtschaft bislang - vor der Coronavirus Krise - nicht übermäßig gelitten. Die Beschäftigungsrate lag zu Beginn 2020 in einem Rekordhoch bei 76,6 Prozent, einem Anstieg von 0,4 Prozent zum Vorjahr. Die offizielle Arbeitslosenquote war mit 4 Prozent ebenfalls nicht gestiegen. Das entspricht auch der Tatsache, dass das Vereinigte Königreich auch beim Bruttoinlandsprodukt eine Erhöhung verzeichnen konnte, auch wenn das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr mit 1,39 Prozent (statt 1,79 Prozent 2018) etwas geringer ausfiel.

Der bereits seit 2010 vorherrschende, in Teilen drakonische Sparkurs wurde als Reaktion auf die Wirtschaftskrise bisher, von wenigen Korrekturen abgesehen, fortgeführt. Er hat Auswirkungen auf viele Lebensbereiche, nicht zuletzt auf die Kommunen, die Verkehrsinfrastruktur, das Gesundheitswesen ("National Health System", NHS), auf die Schulen und die Studien- und Hochschulsituation.

Im Wahlkampf im Dezember 2019 hatte die Konservative Partei mit Versprechungen, die ärmeren Landesteile des Vereinigten Königreichs stärker als bislang mit Investitionsprogrammen zu fördern ("levelling up"), geworben. Dadurch konnten die Tories erhebliche Stimmenzuwächse verzeichnen und damit Wahlkreise erobern in Regionen, die bislang traditionell Labour gewählt hatten. Viele frühere Industrieregionen, die in den letzten Jahrzehnten durch die De-Industrialisierung und die fehlenden Ideen zur Umwandlung des Arbeitsmarkts und Weiterqualifizierung der Arbeitnehmer, extrem verarmt waren, verhalfen nicht nur den Brexiteers 2016 zum Sieg sondern Premierminister Johnson auch in der letzten Wahl 2019 zu einer stattlichen Mehrheit im Unterhaus.

Bevor die Arbeit der neuen Regierung richtig Fahrt aufnehmen konnte, wurde sie durch die Coronavirus Pandemie ausgebremst. Hierbei ergeht es der Wirtschaft des Vereinigten Königreich

nicht anders als anderen Industrieländern. Im ersten Quartal 2020 ist die Wirtschaftsleistung um 2 Prozent gefallen. Das ist der größte Einbruch seit der Finanzkrise in 2008. Ebenso betroffen ist der private Konsum, der um 1,7 Prozent im ersten Quartal 2020 einbrach. Die mittel- und langfristigen Folgen sind noch nicht völlig abschätzbar. Die Bank of England prognostiziert einen Einbruch von ca. 25 Prozent der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal. Insgesamt rechnen Analysten mit einem Rückgang von 14 Prozent im Jahresdurchschnitt, in der Annahme, dass die Beschränkungen, die die Wirtschaft lähmen, ab Juni wieder schrittweise aufgehoben werden. Die Arbeitslosenquote könnte auf 9 Prozent ansteigen, obwohl die britische Regierung zur Unterstützung der Firmen ihr Rettungspaket, bei dem für beurlaubte Arbeitnehmer bis zu 80 Prozent ihres Gehaltes vom Staat beantragt werden kann, bis Oktober verlängert hat. Im Mai 2020 sind rund 8,4 Millionen Arbeitnehmer in den Zwangsurlaub geschickt worden.

Durch die Einstellung des Präsenzbetriebs in den Universitäten im März haben die Universitäten bereits finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Diese könnten sich noch drastisch verschlimmern angesichts der andauerenden Unsicherheit, wie das nächste akademische Jahr 2020/2021 gestaltet wird. Man rechnet mit erheblich weniger internationalen Studierenden, die durch die höheren "international fees" viel Geld in die Kassen der Hochschulen spülen. Ein Ausfall oder eine zumindest starke Reduzierung dieser zahlungskräftigen Klientele, bringt viele Einrichtungen in große Bedrängnis. Nach einer Studie von London Economics für die University and College Union könnten die Hochschulen mit einer Finanzierungslücke in Höhe von 2,5 Milliarden Pfund (davon 1,51 Milliarden Pfund von Nicht-EU Studierenden) darstehen, wenn 111.000 weniger britische und 121.000 weniger internationale Erstsemester im Herbst an den Universitäten fehlen. Diese Prognosen sind nicht unumstritten, da erste Umfragen bei internationalen Studierenden durchaus zeigen, dass viele Studierende ihre Pläne zum Studium ins Vereinigte Königreich zu kommen, nicht grundlegend ändern. Sie wollen ggfs. einreisen, sobald die Universitäten wieder Präsenzveranstaltungen anbieten. Bei Studierendkohorten mit Anteilen von z. B. 38% aus der VR China ist also eine offensive Kommunikation mit potenziellen Interessenten extrem wichtig.

Universities UK hat angesichts dieser dramatischen Aussichten eine deutliche Unterstützung für die britischen Hochschulen gefordert, die laut ihren Aussagen 95 Milliarden Pfund für die britische Wirtschaft generieren und über 940.000 Vollzeitmitarbeiter beschäftigen. Neben der Forderung nach einem Rettungspaket für die Universitäten stand vor allem die Forderung nach einem Einfrieren der Zahl von Neueinschreibungen für das akademische Jahr 2020/2021 im Mittelpunkt. Der Wettbewerb der Universitäten um Studierende hatte sich durch die Aufgabe von Obergrenzen im Rahmen der letzten Bildungsreform intensiviert. Gerade kleinere weniger prestigeträchtige Universitäten der Midlands und des englischen Nordens, die stark auf die Einnahmen der Studiengebühren angewiesen sind, drohen in einem durch die Coronaviruskrise verschärften Wettbewerb unter zu gehen. Zum Beispiel finanziert die University of Sunderland ihren Betrieb zu 84 Prozent aus Studiengebühren, die University of Suffolk zu 87 Prozent, das Imperial College zu 29 Prozent und die University of Oxford nur zu 13 Prozent. Aber auch forschungsstarke Universitäten der Russell Group, die ihre Forschungsaktivitäten durch die Studiengebühren quersubventionieren rechnen mit hohen Einnahmeneinbußen.

Seit 2017 ist das "Teaching Excellence Framework" (TEF) als Teil eines neuen Gesetzes, des "Higher Education and Research Act" (HERA) in Kraft. Bei gutem (Silbermedaille) oder sehr gutem (Goldmedaille) Abschneiden im TEF können seit Beginn des Studienjahres 2017/2018 nach zuvor 9.000 Pfund nunmehr bis zu 9.250 Pfund für das grundständige Studium (Briten, EU-Ausländer) erhoben werden. Bedürftige Studierende müssen seit 2016 auch eine zuvor gewährte Unterhaltsbeihilfe nach dem Studium zurückzahlen. Bisherige Statistiken lassen erkennen, dass die Studierneigung trotz gestiegener Gebühren nicht abgenommen, sondern sogar geringfügig zugenommen hat. Dies wird seitens der konservativen Regierung als bildungspolitischer Erfolg verbucht, hat einen wichtigen Grund aber auch darin, dass es im britischen Bildungssystem für ambitionierte junge Leute in der Breite keine wirkliche Alternative zum Studium gibt. Markante Rückgänge (50 Prozent und mehr) verzeichnet weiterhin das Fern- und Teilzeitstudium.

Auch im UK besteht ein Zusammenhang zwischen dem Wohlstand einer Familie und der Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind an der Universität studiert. Jedoch ist in den letzten Jahren die Zahl der Studierenden aus allen sozialen Schichten gestiegen. Sozial schlechter gestellte Studierende und solche aus ethnischen Minderheiten schaffen es aber weiterhin in wesentlich

geringerem Umfang, an den beiden national wie international führenden Universitäten Oxford und Cambridge ("Oxbridge") angenommen zu werden. Dies führte im Frühjahr 2018 zu erheblicher Kritik am Auswahlverfahren der beiden Universitäten, deren Colleges hier große Autonomie genießen. Es ist zu erwarten, dass sie sich dem Druck aus Politik und Gesellschaft auf Dauer nicht werden entziehen können und vermehrt Studierende aus sozial minder privilegierten Schichten akzeptieren werden. Generell und über "Oxbridge" hinaus steht "widening participation" auf der politischen Agenda weit oben.

Bisher vertrat die konservative Partei die Auffassung, ein gebührenfinanziertes Studium lohne sich, denn Hochschulabsolventen erzielten mit Blick auf das gesamte Berufsleben ein deutlich höheres Einkommen als diejenigen ohne tertiäre Bildung. Deshalb sei es insgesamt zu vertreten, dass die finanziellen Lasten eines Studiums zwischen dem Steuerzahler (tendenziell sinkend) und dem profitierenden Individuum (tendenziell steigend) aufgeteilt werden ([BBC](#)). Infolge der deutlichen Erhöhung der Studiengebühren verlassen offiziellen Statistiken von Sommer 2017 zufolge britische Hochschulabsolventinnen und -absolventen die Universität mit rückzahlbaren Schulden in Höhe von nicht selten 50.000 Pfund. Damit liegt das UK im Durchschnitt weltweit an der Spitze. Die Verbindlichkeiten, meistens gegenüber der [Student Loans Company](#) (SLC), sind im Anschluss an das Studium einkommensabhängig zurückzuzahlen.

Johnsons Amtvorgängerin Theresa May kündigte Mitte Februar 2018 die Überprüfung der Kriterien für die Festsetzung der Studiengebühren (allerdings nicht deren Abschaffung) an. Das britische System sei eines der teuersten der Welt und die langfristigen Konsequenzen müssten genauer betrachtet werden. Die bei der Einführung der verdreifachten Gebühren erhoffte Preisdifferenzierung im Hochschulsektor sei nicht eingetreten, denn abgesehen von wenigen Ausnahmen verlangten alle Institutionen die maximalen Gebühren, ohne dass hierbei Kosten und Qualität des jeweiligen Kurses berücksichtigt würden. Indirekt erkannte May auch an, dass sich die Situation für Studierende aus sozial schwächeren Familien zusätzlich verschärft hat, denn zuvor gezahlte Lebenshaltungsstipendien sind inzwischen ebenfalls nur noch als Kredit zu bekommen. Sie erhöhen die Gebühren-Schuldenlast für die Betroffenen zusätzlich. Politisch umstritten sind Überlegungen, die unterschiedliche Gebühren für verschiedene akademische Bereiche aufgrund der jeweils anfallenden realen Kosten vorsehen. Dies könne falsche Anreize schaffen, weil sozial schwächer gestellte Studierende unter Umständen davor zurückschreckten, statt „teurer“ Kurse, etwa in den Naturwissenschaften, lieber solche in „billigeren“ Geisteswissenschaften zu belegen, obwohl sie sich für Chemie, Physik oder Informatik interessieren. Dies habe auch negative volkswirtschaftliche Folgen, denn Qualifikationen in sogenannten STEM- (deutsch: MINT-) Fächern seien volkswirtschaftlich wichtig.

Im Mai 2019 legte die von May einberufene Expertenkommission unter Dr. Philip Augar ihren Bericht vor. Die Untersuchung umfasste beide Bereiche der tertiären Bildung im Vereinigten Königreich: Das Hochschulstudium und die Qualifizierungen der Erwachsenenbildung. Im Universitätsbereich machte der Bericht zu den Bereichen Qualität von Studiengängen und Abschlüssen, Finanzierungsbeitrag durch den Staat, das Studiengebührenmodell, Unterstützung von benachteiligten Studierenden und Ausweitung der Beteiligung benachteiligter Gruppen an akademischer Bildung Empfehlungen. Da der Bericht fast zeitgleich mit dem Rücktritt von Premierministerin May veröffentlicht wurde, verschwand er fast unbemerkt und ohne größeren Diskurs in der Schublade der neuen Regierung unter Johnson. Erst später - und nun auch wieder angesichts der Herausforderungen der britischen Hochschulen im Zuge der Pandemie - began eine zögerliche Diskussion (siehe dazu auch das Kapitel "Hochschulfinanzierung").

Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die enorme finanzielle Belastung durch Studiengebühren im UK den Studienstandort Deutschland attraktiv macht. Allerdings gilt weiterhin, dass britische Sekundarschulabgänger zum größten Teil die Voraussetzungen für den Hochschulzugang in Deutschland gemäß den Bewertungsvorschlägen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB, Datenbank "anabin") nicht erfüllen. Dies ist meist der Fall, weil britische Schülerinnen und Schüler sich bereits mit Beginn der Oberstufe spezialisieren können und dadurch – im Vergleich zum deutschen System – zu wenige (meistens nur drei) Fächer belegen oder die Fächerbandbreite und -belegdauer nicht zu einer Abituräquivalenz führt. Seit rund 15 Jahren stetig sinkende Deutschkenntnisse für das in der Regel weiterhin auf Deutsch vermittelte grundständige Studium kommen erschwerend hinzu – das Angebot an englischsprachigen Bachelorprogrammen ist an

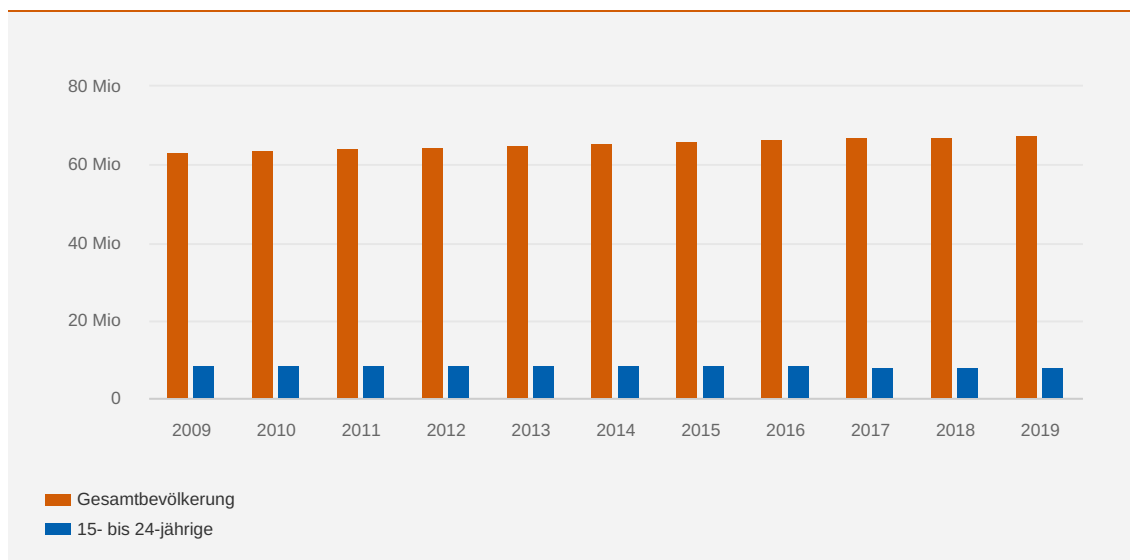
deutschen Hochschulen noch recht überschaubar. Aus den genannten Gründen sind auf absehbare Zeit vor allem englischsprachige Master- und Promotionsstudiengänge an deutschen Hochschulen für britische Studierende attraktiv. Gleiches gilt für internationale Studierende mit einem im UK erworbenen Bachelor- oder Masterabschluss, die sich entsprechend für ein Master- oder Promotionsstudium in Deutschland interessieren.

Quellen:

- [Office for National Statistics \(ONS\)](#)
- [Graduate Labour Market Statistics 2016](#), S.9

c. Bevölkerung

Diagramm 3: Bevölkerungsentwicklung



Quelle "Gesamtbevölkerung": [UNESCO Institute of Statistics](#)

Quelle "15- bis 24-jährige": [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 8: Bevölkerungszahl absolut

Vereinigtes Königreich (2019)

67.530.172

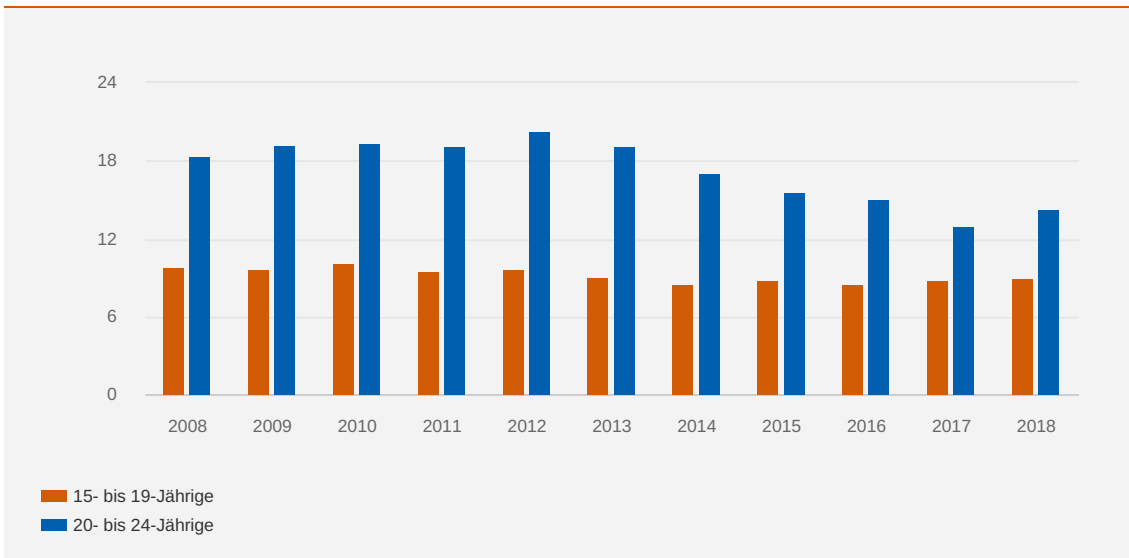
Im Vergleich: Deutschland (2019)

83.517.045

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 4: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen (Entwicklung)

in Prozent



Quelle "15- bis 19-Jährige": [OECD. Data](#)

Quelle "20- bis 24-Jährige": [OECD. Data](#)

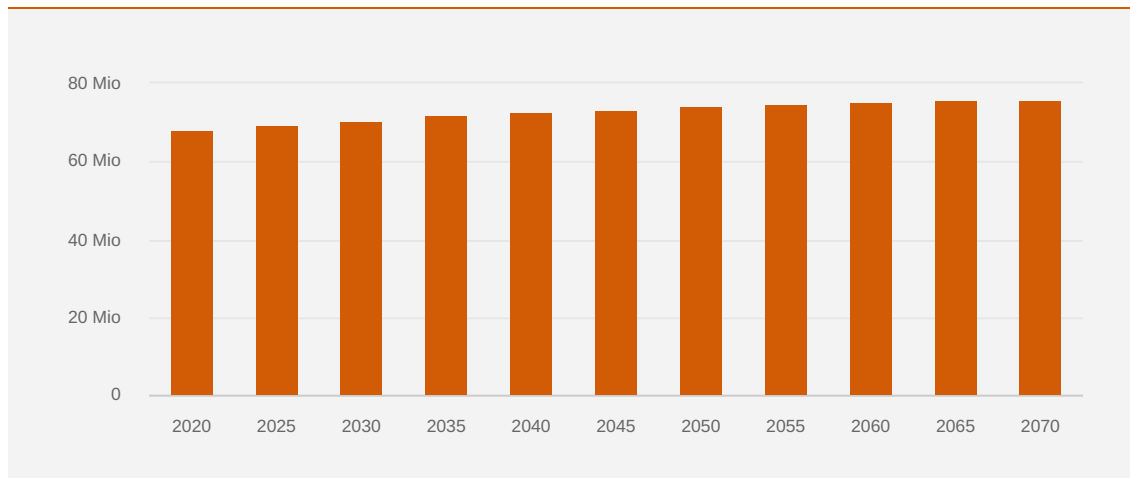
Kennzahl 9: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen

in Prozent

Unter den 15- bis 19-Jährigen (2018)	8,93
Im Vergleich: Deutschland (2018)	3,30
Unter den 20- bis 24-Jährigen (2018)	14,19
Im Vergleich: Deutschland (2018)	4,26

Quelle: [OECD. Data](#)

Diagramm 5: Prognose der Bevölkerungsentwicklung



Quelle: [UN Population Division](#)

Bis 2016 sind die Zahlen der Studienanfänger kontinuierlich gestiegen, so dass im Vereinigten Königreich von einer im Kern stabilen Zielgruppe ausgegangen werden kann; 2017 gab es erstmalig einen leichten Rückgang um circa 4 Prozent. Laut Prognosen des "Office for National Statistics" (ONS) wird dieser Trend in den kommenden etwa vier Jahren, analog zum Rückgang des Bevölkerungsanteils bei den 18- bis 24-Jährigen, insgesamt anhalten. 2019 sind 50 Prozent der Abitur-Jahrgänge (A-Levels) zum Studium an eine Hochschule gegangen. 1990 lag der Anteil noch bei 20 Prozent.

Ein weiteres Absinken der Zahl an Studienanfängern hat nicht zuletzt finanzielle Auswirkungen auf britische Hochschulen, die in den vergangenen Jahren kräftig investiert und sich dabei mitunter beträchtlich verschuldet haben. Man konkurriert um potentielle Studierende, preist die eigenen Vorzüge an und wirbt um Studierende, u.a. durch attraktive Bauvorhaben wie campusbasierte Sportstätten. In diesem Zusammenhang sind auch die Befürchtungen zu sehen, in Zeiten der Viruspandemie die vorgehaltenen Studienplätze nicht vollständig mit britischen (und internationalen) Studierenden belegen zu können.

Schon seit Herbst 2018 kursieren Gerüchte, einzelne Universitäten befänden sich in finanziellen Schwierigkeiten. Der Augar-Bericht (s. o.) konstatierte, die britischen Hochschulen sind insgesamt in einer stabilen finanziellen Lage, allerdings mit einigen gravierenden Ausschlägen. 32 Einrichtungen verzeichneten ein Defizit, eine Einrichtung sogar von 13,6 Prozent. Bisher hat jede konservative Regierung erklärt, es werde im Falle von Insolvenzen keine Rettungsversuche geben und misswirtschaftende Hochschulen könnten im Zweifel in Konkurs gehen oder zum Überleben mit anderen Hochschulen fusionieren. Auch im Angesicht der besonderen Herausforderungen der Pandemie hat sich an dieser Kommunikation nichts geändert.

Quellen:

- [HESA Data and Statistics](#)
- [Augar-Report Mai 2019](#)

2. Hochschul- und Bildungswesen

a. Historische Entwicklung

Die erste Universitäten wurden im Mittelalter und in der frühen Neuzeit gegründet. Diese Universitäten (Oxford, Cambridge, Aberdeen, St Andrews, Glasgow, Edinburgh und Dublin) werden oft mit dem Begriff "Ancient Universities" bezeichnet.

Es folgten zwei weitere Phasen, in denen zahlreiche Universitäten gegründet wurden, zum einen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie zum anderen in den 1960er-Jahren.

Seit Inkrafttreten des "Higher Education Act" 1992, mit dem die damaligen "Polytechnics" (Äquivalente zu Fachhochschulen) Universitätsstatus erhielten, und infolge weiterer Öffnungen des Sektors über die letzten 13 Jahre, wird heute mit dem Begriff "Higher Education Institution" (HEI) eine große und weiter wachsende Spanne von Institutionen mit heterogenen Ausprägungen und Aufträgen erfasst. Sie alle haben gemein, dass sie autonome, selbstverwaltende, nicht-staatliche Organisationen und in der Regel von staatlichen Geldern – letzteres deutlich rückläufig – abhängig sind. Nur eine Handvoll privater Universitäten agiert im Vereinigten Königreich finanziell unabhängig vom Staat. Tendenzen zu einer verstärkten USA-Orientierung sind auch im britischen Hochschulsystem spürbar; besonders die steigenden Studiengebühren verdeutlichen dies.

Während generell in Großbritannien die Studierendenzahlen in modernen Fremdsprachen abnehmen und auch die Zahl der Deutschlerner an Schulen rückläufig ist, bleibt Deutschland trotzdem ein wichtiger Kooperationspartner für britische Hochschulen. Nach den USA nimmt Deutschland, universitär wie außeruniversitär, hierbei in der Regel die zweite Position ein. Besonders stark ausgeprägt ist die Kooperation – nicht zuletzt in EU-geförderten Programmen, deren Zukunft aufgrund des "Brexit" derzeit immer noch offen ist – im Bereich MINT (englisch: STEM), grundlagen- und anwendungsbezogen, sowie in der Medizin. In den Geistes- und Sozialwissenschaften ist die Zusammenarbeit ebenfalls substantiell.

Quellen:

- [Universities UK: Patterns and trends in UK higher education 2014](#)
- [GATE Germany: Länderprofil Großbritannien](#)

b. Rolle des Staates / Autonomie

Nach der sogenannten "Devolution" kann das Vereinigte Königreich als Einheitsstaat mit einer teilweise dezentralisierten Regierung bezeichnet werden. Seit 1998 existieren in Wales, Schottland und Nordirland eigene Landesteilparlamente und -regierungen, deren Vorsitz jeweils der sogenannte "First Minister" inne hat. Die Landesteilparlamente haben in verschiedenen Bereichen legislative und finanzielle Autonomie, wie beispielsweise in Gesundheits-, Bildungs- oder Landwirtschaftsfragen. In England gibt es jedoch kein solches Landesparlament. Problematisch für die weitere Ausgestaltung der "Devolution" bleibt daher der Umstand, dass das Vereinigte Königreich vier Landesteile hat – Nordirland, Schottland, Wales und England – wovon letzteres bezogen auf die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftsleistung mit mehr als 80 Prozent des UK insgesamt eindeutig dominiert. Entscheidungen des Unterhauses in Westminster für das gesamte Land stehen aufgrund dieser regionalen Unwucht mitunter in der Kritik, als sie in Ermangelung einer regionalen Autonomie für den englischen Landesteil „England-dominiert“ getroffen werden. Folgt man dieser Sichtweise, wurde die mit der "Devolution" verbundene Absicht einer Kompetenzteilung mit den Regionen nicht konsequent umgesetzt.

Die Zuständigkeit für Hochschulfragen im Vereinigten Königreich lag bis 2016 nicht beim Bildungsministerium, sondern beim "Department for Business, Innovation and Skills" (BIS). Dieses wurde Mitte 2016 umstrukturiert, mit neuen Zuständigkeiten versehen und heißt seither "Department for Business, Energy and Industrial Strategy" (BEIS) mit einer reduzierten Kompetenz für den

Hochschulsektor. Formal für den Bereich zuständig ist seitdem das Bildungsministerium ("Department for Education", DfE). Diese Änderung ist Teil eines Kurswechsels in der Hochschulpolitik der aktuellen Regierung, die bei Hochschulfragen ein größeres Gewicht auf die Interessen der Studierenden legen will (zusätzlich zu den wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Prioritäten). Der Minister of State for Universities and Science (seit Dezember 2019 Michelle Donelan, die Chris Skidmore abgelöst hat), ist nun unter dem Dach dieser beiden Ministerien für Universitäten und wissenschaftliche Forschung zuständig.

In der Regel sind alle Universitäten im Vereinigten Königreich (außer den wenigen privaten Hochschulen) von öffentlichen Geldern abhängig und unterliegen somit staatlichen Regelungen, vor allem hinsichtlich der Höhe der Studiengebühren. Davon abgesehen sind britische Hochschulen insgesamt selbstständige Institutionen, die in vielen Bereichen Wahlfreiheit haben, zum Beispiel was Lehrinhalte oder Zulassungskriterien betrifft.

Nachdem die Begrenzung der Zahl der zugelassenen Studienanfänger schon 2015 von der Regierung aufgehoben worden war, folgte Ende April 2017 ein vom britischen Parlament beschlossenes neues Gesetz, der bereits erwähnte "Higher Education and Research Act" (HERA). Er sieht unter anderem eine Öffnung des tertiären Sektors zugunsten neuer Anbieter vor. HERA verändert bisher geltende Bestimmungen und Regeln grundlegend. Das Oberhaus, das lediglich beratenden Charakter hat, brachte im Zuge der Befassung über 700 Änderungsanträge ein, denen das Unterhaus allerdings jeweils zustimmen musste, dies aber bei weitem nicht immer tat. Dies war auch deshalb der Fall, weil die parlamentarische Beratung durch die kurzfristig für Juni 2017 ausgerufenen Wahlen abgekürzt werden musste. Nichts desto trotz sprach ein Mitglied des Oberhauses zu recht vom "wichtigsten Gesetz für den Hochschulsektor seit 25 Jahren", mithin seit 1992, als HEFCE eingerichtet wurde, der "Higher Education Funding Council for England".

2017 sollte die „Ära des Studierenden“ anbrechen. Dies bedeute für die Hochschulen, sich voll und ganz zu wandeln. Absolventen, die viele Tausend Pfund an Studienkrediten zurückzahlten, könnten nicht nur erwarten, sondern hätten einen Anspruch darauf, dass sich dies als wertvolle Investition erweisen müsse. Die Qualität der Lehre sei hierbei zentral und habe sich im geplanten "Teaching Excellence and Student Outcomes Framework", einer modifizierten Form des 2017 als Teil von HERA an den Start gegangenen „Teaching Excellence Framework“ (TEF) zu beweisen. Mittel- bis langfristig würden die hier erhobenen Daten belegen, welche zukünftigen Verdiensterwartungen aus der Belegung bestimmter Kurse an bestimmten Universitäten resultierten. Studierende seien dadurch von Jahr zu Jahr mehr in der Lage, eine gut informierte Wahl zu treffen und zu beurteilen, welches akademische Angebot „value for money“ biete.

Zweijährige "fast track degrees" zum Bachelorabschluss, die bereits Gyimahs Vorgänger Jo Johnson im HERA verankert hatte, sollen an englischen Universitäten weiterhin zusätzlich angeboten werden, ohne dass diese Abstriche von der akademischen Qualität gegenüber traditionell dreijährigen Programmen aufwiesen, wie regierungsseitig betont wird. Damit sich für die anbietenden Hochschulen in finanzieller Hinsicht kein Nachteil ergibt, sollen sie für solche Intensivstudiengänge pro Jahr bis zu 11.500 Pfund an Gebühren erheben dürfen (Stand: November 2018). Grundsätzliches Ziel des Vorstoßes ist ein Mehr an Flexibilität für diejenigen, die nicht drei Jahre investieren können oder wollen. Vorteilhaftes Ergebnis ergeben sich laut Regierungsvorstellung bei einer gegebenenfalls erforderlichen auswärtigen Unterbringung und bei den Lebenshaltungskosten, die nur für zwei Jahre aufzubringen sind, für die Studienkredite gewährende "Student Loans Company" (SLC) und letztlich auch für die Steuerzahler. Einwände von Hochschulen bezüglich der zusätzlichen Arbeitsbelastung für Lernende und Lehrende, die diese neu konzipierten Kurse vorhalten müssen, und der erzielbaren Ausbildungsqualität fanden wenig Gehör. Es ließen sich ja die Sommermonate stärker als bisher für die Lehre nutzen, hieß es. Kritik aus den Hochschulen zielt auch darauf ab, dass solche Fast-track-Studiengänge vor allem profitorientierte Anbieter anlockten. Da es aber ohnehin das politische Ziel der Regierung ist, den Markt für tertiäre Bildung weiter zu öffnen, hatte dieses Argument kaum Gewicht. Die Zahl der neuen "fast track degrees" hält sich bislang zum Missfallen der Politik in Grenzen.

Ein wesentliches Ziel des neuen Gesetzes ist die Ausweitung des Angebotes durch neue Anbieter tertiärer Bildung ("new providers"). Der Sorge unter den etablierten Institutionen um einen damit verbundenen Qualitätsverlust sowie eine mögliche Auf- oder gar Überhitzung des Sektors

insgesamt wurde im Zuge der parlamentarischen Befassung nur in Grenzen entsprochen. Für zusätzliche Nervosität sorgt bei den Hochschulen die mit dem neuen Gesetz ebenfalls beschlossene Lehrqualität-Etikettierung des "Teaching Excellence and Student Outcomes Framework (TEF) in den Sportmedaillenkategorien Bronze, Silber und Gold. Grundsätzlich wird ein gutes Abschneiden im TEF (Gold oder Silber) vorausgesetzt, damit vom akademischen Jahr 2017/2018 an höhere Studiengebühren als die bis dato meist geltenden 9.000 Pfund, nämlich 9.250 Pfund im Bachelorstudium für britische und (noch) für EU-Studierende erhoben werden können. Dem TEF zugrunde gelegt wird die Studierendenzufriedenheit, wobei die Qualität der Lehre und spätere Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten die wichtigsten Kriterien sind. Gerade forschungsintensive "Russell Group"-Universitäten fürchten im TEF schlechter abzuschneiden.

Die Ergebnisse der 3. TEF-Runde, veröffentlicht im Juni 2019, in der Übersicht: 55 Universitäten erhielten eine Gold-, 70 eine Silber- und 14 eine Bronzemedaille. Beurteilt wurden ausschließlich Bachelorstudiengänge. Die Kriterien stammen aus sechs verschiedenen Bereichen und einer hochschuleigenen Stellungnahme. Das [THE-Magazin](#) fasste die Bewertung wie folgt zusammen:

"A rating of gold means that a university has demonstrated the highest-quality teaching standards and is consistently outstanding. The institution provides outstanding outcomes for students from all backgrounds, particularly in terms of retention and progression. The university also offers students outstanding physical and digital resources.

A silver rating means that the university is high quality and regularly exceeds the baseline quality expected of higher education institutions in the same categories listed above.

A bronze rating means that the provision of the university is of satisfactory quality. Most students will achieve good outcomes, but the provider is performing significantly below the benchmark in one or more areas."

Der HERA legte auch die Gründung des "Office for Students" (OfS) fest, einer neuen Aufsichtsbehörde, die im April 2018 offiziell ihre Arbeit aufgenommen und dabei unter anderem den "Higher Education Funding Council for England" (HEFCE) abgelöst hat. Gleichzeitig wurden die sieben fachlich strukturierten Research Councils in einer neuen Einrichtung, "United Kingdom Research and Innovation" (UKRI), zusammengeschlossen. Das OfS ist für Qualität und Standards im Hochschulsektor verantwortlich und führt die TEF-Erhebung durch. Es hält außerdem ein Register der Anbieter im tertiären Bildungsbereich vor und wacht darüber, welche Einrichtungen Hochschulstatus haben beziehungsweise – im Falle sogenannter "new providers" – künftig erhalten werden. Das neue Gesetz macht es neuen Hochschul Anbietern insgesamt leichter, Universitätsstatus zu erlangen und entsprechende Abschlüsse zu vergeben. Gleichzeitig hat das OfS weitgehende Befugnis, Rechte, die mit dem Hochschulstatus verknüpft sind, im Einzelfall zu verweigern, zu widerrufen oder die Vergabepaxis zu variieren.

Eine delikate Aufgabe stellt die "Kontrolle" der Gehälter der Vice-Chancellors dar. Sie sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, und es gab diverse Skandale um die Art und Weise ihres Zustandekommens. Im Durchschnitt liegen sie jährlich bei gut 270.000 Pfund, überschreiten indes vielfach die Marke von 400.000 Pfund im Jahr. Dass es sich bei diesem Thema nicht um Petitesse handelt, unterstrich im Dezember 2017 das Times Higher Education Magazine (THE). Aufgrund der Gehaltsentwicklung der Vice-Chancellors einerseits und zumeist stagnierender Gehälter der Lehrenden und Forschenden sowie immenser Gebührenschulden der Studierenden andererseits, stehe die Glaubwürdigkeit des gesamten Hochschulsektors auf dem Spiel, so THE.

Das OfS übernimmt auch die Funktionen des bisherigen "Office for Fair Access" (OFFA). Universitäten sind ab sofort verpflichtet, Informationen über ihre individuellen Zulassungskriterien zu veröffentlichen. Dem OfS wurde zudem die Befugnis gegeben, die finanzielle Tragfähigkeit der Hochschulanbieter zu überwachen und soll mittelfristig deren Effizienz verbessern. Inwieweit das OfS die zahlreichen neuen beziehungsweise neu strukturierten Anforderungen tatsächlich erfüllt, soll bereits 2019 überprüft werden.

International ist der gesamte Sektor als Qualitätsprodukt [Education is GREAT Britain](#) Teil einer

regierungsseitigen Kampagne und wird entsprechend beworben.

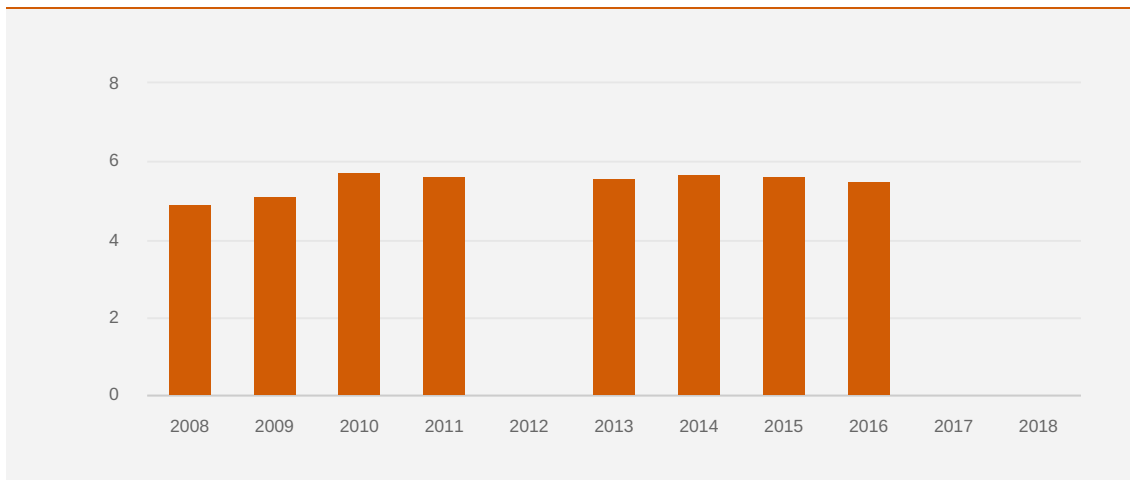
Quelle:

- [Higher Education and Research Act 2017](#)
- [Teaching Excellence Framework \(TEF\)](#)

c. Finanzierung der Hochschulen

Diagramm 6: **Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP**

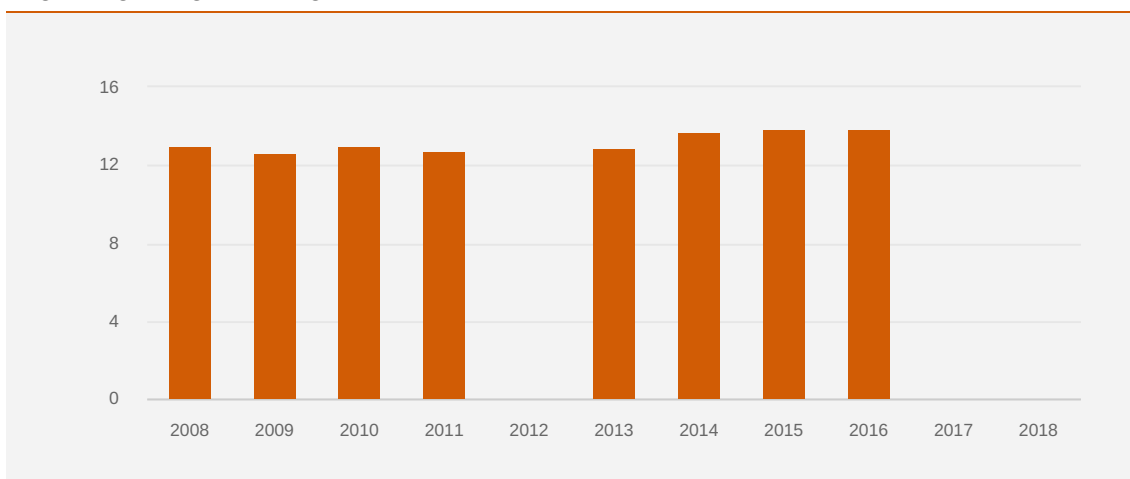
in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

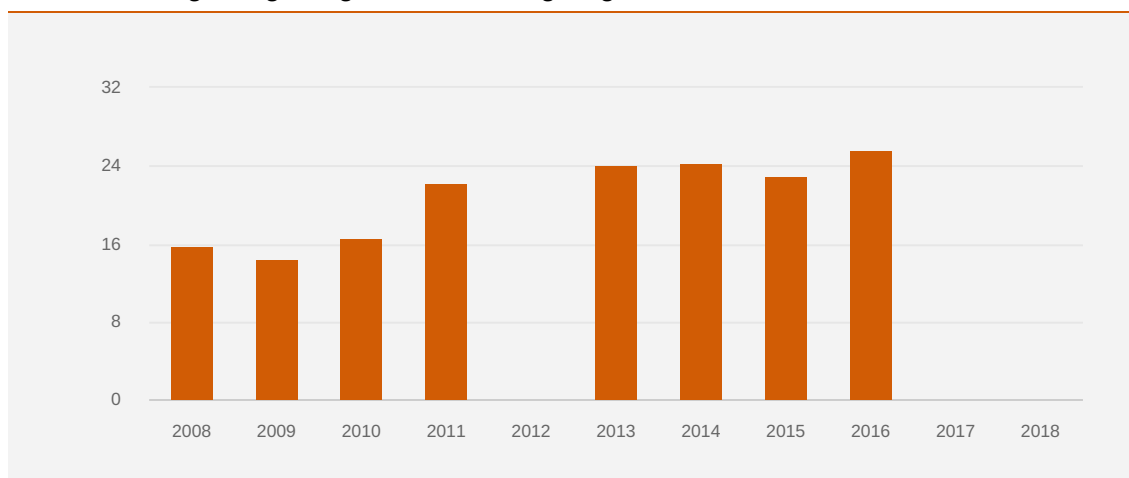
Diagramm 7: **Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der Regierungsausgaben insgesamt**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 8: Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der Regierungsausgaben für Bildung insgesamt in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 10: **Bildungsausgaben** in Prozent

Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP (2018)	5,49
Im Vergleich: Deutschland (2016)	4,80
Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der Regierungsausgaben insgesamt (2018)	13,83
Im Vergleich: Deutschland (2016)	10,93
Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der Regierungsausgaben für Bildung insgesamt (2018)	25,62
Im Vergleich: Deutschland (2016)	25,99

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#), [UNESCO Institute of Statistics](#), [UNESCO Institute of Statistics](#)

Die von der öffentlichen Hand getragenen Bildungsausgaben sind in den letzten Jahren insgesamt zurückgegangen. Gemessen am BIP sank ihr Anteil von 5,3 Prozent in 2011/2012 auf 4,4 Prozent in 2015/2016. Eine Studie der European University Association (EUA) stellte zudem fest, dass innerhalb der EU die öffentlichen Ausgaben im Hochschulsektor des Vereinigten Königreichs zusammen mit Irland, Serbien, Slowenien und Griechenland in den Jahren 2012 bis 2016 die höchsten Einbußen erlitten haben.

Im Jahr 2013 wurden laut OECD 57 Prozent aller Ausgaben für tertiäre Bildung von öffentlicher Stelle getätigt, während 43 Prozent aus privater Quelle stammten, inklusive und mehrheitlich aus Studiengebühren.

Laut neueren Zahlen machten 2018/2019 Studiengebühren 49 Prozent der Einnahmen britischer Hochschulen aus. Ihr Anteil lag damit 8,8 Prozent höher als noch 2014/2015.

Britische Universitäten dürfen seit 2012 bis zu 9.000 Pfund und seit 2017, sofern die TEF-Ergebnisse (siehe oben) es zulassen, sogar 9.250 Pfund für einen grundständigen Studiengang erheben. Die Gebühren sind sowohl von Studierenden aus dem UK als auch von Studierenden aus der EU zu entrichten. Nur 2 Prozent der Universitäten verlangten 2017/2018 geringere Studiengebühren, so dass der Durchschnitt bei 9.188 Pfund lag. Ausnahmen gelten für Studierende aus Schottland und Studierende aus der EU, die in Schottland studieren und dort keine Studiengebühren bezahlen müssen. Da schottische Universitäten von schottischen und EU-Studierenden keine Studiengebühren verlangen, ist die Zahl dieser gebührenfreien Plätze staatlich begrenzt. Studierende aus England und Wales müssen diejenige Rate bezahlen, die sie an einer englischen oder walisischen Universität entrichten müssten. Für die beiden wesentlich kleineren Landesteile Wales und Nordirland gilt: Studierende aus Wales und EU-Ausländer bezahlen an walisischen Universitäten maximal 4.046 Pfund, da die Regierung pro Student einen Anteil von 4.954 Pfund übernimmt. In Nordirland müssen Nordiren und EU-Studierende maximal 4.275 Pfund an Studiengebühren entrichten (Stand Mitte 2019).

Für sogenannte "overseas students" (von außerhalb der EU) sind die Studiengebühren wesentlich höher, und die Bandbreite ist fach-, kurs- und hochschulbedingt groß.

Der Augar-Report

Am 30. Mai 2019 wurde der „Post-18 review of education and funding: independent panel report“, der sogenannte Augar-Report veröffentlicht. Noch unter der damaligen Premierministerin Theresa May beauftragt, untersuchte die Expertengruppe um Dr. Philip Augar die Tertiäre Bildung ("Post-18 Education") in Großbritannien. Das Panel sollte Vorschläge erarbeiten für ein parallel existierendes, aber dennoch vernetztes System für die tertiäre Bildung, das für alle gleichermaßen zugänglich ist, getragen wird durch ein Finanzierungssystem, ein gutes Preis-Leistungsverhältnis verspricht, für beide Zielgruppen, Steuerzahler und Studierende, positive Effekte hat, Anreize für Wahlfreiheit und Wettbewerb gibt und die Qualifikationen weiterentwickelt, die Großbritannien braucht. Für den Bereich der Universitätsbildung wurden die Auswirkungen der Reformen von 2012, 2015 und 2017 untersucht.

Studienfinanzierung: Studiengebühren und Subventionen des Staates

Als 2012 die Obergrenze für Studiengebühren auf GBP 9.000 festgelegt wurde, ging der damalige Minister für Universitäten, Lord Willetts, noch davon aus, dass die Höchstsumme nur für extreme Ausnahmen Anwendung finden und sich die Studiengebühren für die meisten Studiengänge bei GBP 6.000 bis 7.000 einpendeln würden. Wie bereits dargelegt, war diese Annahme falsch. Die neuen hohen Gebühren haben über die letzten Jahre zu einer besorgniserregend hohen Verschuldungsrate bei den Studierenden geführt.

Vor der Reform von 2012 wurden die (undergraduate) Studiengänge aus einer Mischung von Einnahmen aus den Studiengebühren und den Zuschüssen („student and teaching grant income“) des „Funding Councils“ finanziert. Dabei wurden die Fächer gemäß ihrer Kosten in verschiedene Gruppen eingeteilt und Subventionen des Staates gemäß dieser Einteilung vergeben. Die neue Obergrenze für Gebühren wurde auf eine Summe festgelegt, die höher war als das, was der am niedrigsten bewertete Studiengang insgesamt an Finanzierung erhalten konnte. Das führte dazu, dass Studiengänge der Kategorie C2 und D (zum Beispiel Englisch und Geschichte), nicht mehr länger auf Zuschüsse der Regierung hoffen konnten. Kostspielige Studiengänge, wie zum Beispiel Medizin und MINT-Studienfächer der Kategorien A, B, C1, erhielten einen niedrigeren Zuschuss als 2012. Die Differenz sollte durch erhöhte Gebühreneinnahmen ausgeglichen werden. Das neue Finanzierungssystem führte bei einigen Fächern zu einer Verdoppelung an Zuschüssen. Die Kategorie D mit den „billigsten“ Studiengängen konnte sich über ein Finanzierungsplus von 47 Prozent freuen, während „teuren“ Fächer der Kategorie B (laborintensive Studiengänge) von lediglich 19 Prozent Erhöhung der Finanzierung profitierten. Die teuerste Fächerkategorie A (Klinische Medizin) erhielt sogar nur eine Erhöhung um 6 Prozent. Das neue Finanzierungssystem

führte also zu einer Überfinanzierung für kostenarme Studiengänge während kostenintensive Fächer stark unterfinanziert wurden. In der Folge gingen Hochschulen dazu über, die jeweiligen Fächergruppe intern quer zu subventionieren.

Unter den unterfinanzierten Fächergruppen befinden sich viele Fächer, die für die Industriestrategie der britischen Regierung eine hohe Relevanz haben wie zum Beispiel die Ingenieurwissenschaften. Darüber hinaus steigen auch ihre Absolventinnen und Absolventen in die höchsten Einkommensklassen auf und können so ihre Studierendenkredite vollständig zurückzahlen. Angesichts dieser Tatsache sollte der Staat eigentlich, Studiengänge mit hoher Relevanz für eine wirtschaftliche Entwicklung wieder stärker unterstützen anstatt sie wie scheinbar im neuen System eher zu bestrafen. Das „Institute for Fiscal Studies (FIS)“ schätzte für 2018 die Verteilung der staatlichen Subventionen pro Student wie folgt: Geisteswissenschaften GBP 37.000, Ingenieurwissenschaften GBP 28.000, Mathematik und Computerwissenschaften GBP 24.000.

Die Inflation guter Abschlussnoten und Absenkung des allgemeinen Bildungsniveaus an Hochschulen

Auf den ersten Blick nahm man als positiven Effekt der Reformen die Ausweitung des Bildungsangebots war. Dies war möglich, da die Universitäten durch die Verdreifachung der Studiengebühren ihre Einnahmen stark erhöhen konnten. Die Gebühren wiederum wurden häufig aus Krediten finanziert, für dessen Rückzahlung die Studierenden verantwortlich waren. Die Ausweitung des Angebots brachte aber auch negative Effekte mit sich, wie zum Beispiel die Inflation guter Abschlussnoten und das Absenken der Zugangsqualifikationen. Die Inflation guter Abschlussnoten („first und upper second-class“) kann man unzweifelhaft nicht nur mit der wachsenden Leistungsbereitschaft der Studierenden erklären. Man muss davon ausgehen, dass der Anteil sehr guter und guter Studienabschlüsse eines Abschlussjahrgangs auch eine Form des Reputationsmanagements ist. Eine weitere Folge der Reform schien das Absenken von Zugangsqualifikationen zu sein: Die Zunahme an Partizipation im tertiären Bildungssektor um jeden Preis ist kritisch zu sehen, wenn dafür das Bildungsniveau der Studierenden sinkt. Eine Studierendenkohorte mit niedrigeren Abiturregebnissen („A Level“- und „BTEC“-Zensuren) wird allgemein mit einer höheren Studienabbruchquote assoziiert. Für 14 britische Universitäten gingen Schätzungen davon aus, dass weniger als 70 Prozent einen Abschluss erlangen. Eine dieser Universitäten ging bei ihrer Prognose sogar nur von einer 51,7 Prozent Erfolgsrate aus.

Partizipation sozial benachteiligter Studieninteressierter

Neben der oben geschilderten Problematik beim Qualitätsniveau wird auch eine mangelnde soziale Mobilität bei Studierenden kritisiert. In der Vergangenheit war bereits Einiges getan worden, um Studieninteressierten den Weg in die Universitäten zu ebnen und Studierende aus einem benachteiligten sozialen Umfeld während des Studiums zu unterstützen. Statistiken zeigten allerdings immer noch gravierende Probleme auf. Sozial besser gestellte Schüler wählen mehr als zweimal häufiger den Weg in die Universitäten. Lediglich 4 Prozent der benachteiligten Schüler gehen zu den teuersten Universitäten (Gebühren und Lebenshaltungskosten). Mit einer Abbrecherquote von 9,7 Prozent im ersten Studienjahr liegen sie (verglichen mit 5,3 Prozent der sozial besser gestellten Studienanfänger) sehr hoch. Obwohl laut Studien hohe Studiengebühren insgesamt nur begrenzten Einfluss auf die Partizipation an Bildungsangeboten haben, sehen mehr Studieninteressierte aus einem benachteiligten Umfeld aus Angst vor Verschuldung von einem Studium ab. Die größere Partizipation und stärkere Unterstützung sozial benachteiligter Studieninteressierter bleibt ein Kernthema aller Bildungsministerinnen und -minister.

Empfehlungen des Augar-Reports

In Bezug auf die akademische Post-18 Bildung kamen die Experten u. A. zu folgenden Empfehlungen für das System der Studienfinanzierung: Die Obergrenze für Studiengebühren soll

ab 2021/22 auf GBP 7.500 pro Jahr reduziert werden. Diese Obergrenze soll bis 2022/23 eingefroren werden und dann in Einklang mit der Inflationsrate steigen. Hintergrund für diesen Vorschlag war die Analyse von Daten, die für die Studiengänge mit den niedrigsten Kosten einen Basiswert zur auskömmlichen Finanzierung errechnet hatte. Neben dieser Basisfinanzierung durch die Einnahmen aus Studiengebühren sollen die Hochschulen ihre zusätzlichen Kosten für Studiengänge mit höheren Kosten durch die staatlichen Subventionen („average per-student grant“) decken. Dabei soll sich die Gesamtfinanzierung der Studiengänge nicht gravierend ändern, da die staatlichen Zuschüsse die Ausfälle durch die niedrigeren Studiengebühren durch eine Umverteilung auffangen sollen. Die Senkung der Studiengebühren ist im Sinne beider Interessengruppen: Studierende haben eine geringere Verschuldungsrate. Dies führt auch zu einer positiveren Bilanz bei der Beteiligung benachteiligter Gruppen. Für den Steuerzahler führt die geringere Verschuldung der Studierenden ebenfalls zu einer positiven Investitionsbilanz, da geringere Ausfälle bei der Rückzahlung von Studienkrediten zu erwarten sind. Außerdem werden so diejenigen Fächergruppen gestärkt, die nach dem derzeitigen System nachweislich unterfinanziert sind aber für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes und seine Innovationsfähigkeit strategisch relevant sind, ohne gleichzeitig Fächergruppen zu benachteiligen, die sozial wünschenswerte Ausbildungen anbieten. Hierzu müssen Studien erstellt werden, die die realen Kosten für Fächergruppen besser ermitteln können. Empfehlungen wurden auch für die bessere Unterstützung von Studierenden aus sozial benachteiligten Kontexten gemacht. Hierbei sieht das Panel eine derzeit zu starke Fokussierung der Förderung des Studienan- bzw. eintritts zuungunsten des Studienerfolges. Zur Verbesserung des Studienerfolges sollten Universitäten mehr finanzielle Unterstützung erhalten, die einen größeren Anteil an benachteiligten Studierenden aufnimmt. Ein erhöhter Teil der staatlichen Subventionen in Form von „Teaching Grants“ muss für die Betreuung dieser Studierendengruppe festgelegt werden.

Quellen:

- [OECD Education at a Glance 2016: United Kingdom](#); S. 3
- [Education and Training Statistics for the United Kingdom 2016](#)
- [EUA](#)
- [OECD: Education At A Glance 2016](#)
- [HESA: Tabelle D](#)
- [Student Finance Wales](#)
- [Student Finance Northern Ireland](#)
- [Augar-Report Mai 2019](#)

d. Relevante Institutionen

Die Zuständigkeit für Hochschulfragen liegt im UK bei den Departments for Business, Energy and Industrial Strategy (BEIS) und dem Department for Education (DfE). Die meisten Studierenden auf Bachelorniveau (Britten und EU-Ausländer) sind zu einem Studienkredit – dem sogenannten "Student Loan" – berechtigt, der nach dem Studium einkommensabhängig zurückgezahlt werden muss. Dieser Studienkredit wird vorwiegend von staatlicher Seite durch die [Student Loans Company](#) (SLC) bereitgestellt. Seit 2016 können auch Masterstudierende eine solche Förderung erhalten. Sie ist ebenfalls zurückzuzahlen. Laut veröffentlichten Zahlen vom Frühjahr 2017 belaufen sich die Verbindlichkeiten gegenüber der SLC in der Summe auf gut 100 Mrd. Pfund, Tendenz steigend. Mittel- bis langfristig wird mit Rückzahlungsausfällen zwischen 40 Prozent (positive Annahme) und 60 Prozent (negative Voraussage) gerechnet, unter anderem weil ab dem 55. Lebensjahr die Zahlungsverpflichtung erlischt. Im Vergleich mit anderen Lebens- und Geschäftsbereichen liegen die Zinsen der SLC mit aktuell 6,1 Prozent auf einem hohen Niveau.

Das Studienkreditfinanzierungsmodell hat es dem britischen Staat in den letzten Jahren ermöglicht, sich weitgehend aus der Finanzierung, dies gilt besonders für die Lehre, zurückzuziehen und den öffentlichen Haushalt zu entlasten. Der noch bis April 2018 bestehende und danach im neuen "Office for Students" aufgehende [Higher Education Funding Council for England](#) (HEFCE) erhält als öffentliches Organ jährlich seine Mittel (2016/2017: 3,7 Milliarden Pfund), aus denen er insgesamt 322 tertiären Einrichtungen Fördergelder zur Verfügung stellt. Darunter sind 110 Universitäten und

Colleges mit universitärem Profil. Insgesamt 142 durch HEFCE geförderte Institutionen können Abschlüsse vergeben. Universitäten in Schottland, Wales und Nordirland werden durch äquivalente Organisationen gefördert. Seit der Erhöhung der Studiengebühren im Jahr 2011 machten die Fördergelder von HEFCE für die Mehrheit der Hochschulen einen deutlich geringeren Anteil ihrer Gesamtförderung aus; der Hauptteil besteht jetzt aus Studiengebühren.

Es gibt verschiedene Hochschulverbände im UK, unter anderem die sogenannte "Russell Group", ein Hochschulzusammenschluss aus 24 prestigeträchtigen und forschungsorientierten Universitäten, der sich in etwa mit den Verbänden "German U15" und "TU9" oder der amerikanischen "Ivy League" vergleichen lässt. Einige der nach 1992 entstandenen Universitäten (frühere Polytechnics) und University Colleges sind in der "Mission Group Million+" vertreten (20 Mitglieder), die sich als moderne Universitäten mit einem zeitgemäßen Studienangebot ("Higher Education for the 21st Century") verstehen und einen fairen Zugang zum Studium für alle propagieren.

Neben den beiden genannten Interessengruppen "Russell Group" und "Million+" hat sich 2007 eine Gruppe von aktuell 13 Universitäten zur "University Alliance" zusammengeschlossen. Sie hat sich Innovation und Unternehmertum auf die Fahnen geschrieben. Unabhängig von diesen verschiedenen Interessengruppen ist [Universities UK](#) (UUK) das Sprachrohr der britischen Hochschulen und deren Leitungen. 137 von insgesamt 167 tertiären Bildungsanbietern sind Mitglied von UUK. Die Vereinigung ist im Wesentlichen äquivalent zur HRK zu sehen.

Quellen:

- [HEFCE](#)
- [UUK](#)

e. Merkmale und Unterschiede von Hochschultypen

Derzeit gibt es 167 Hochschulen im Vereinigten Königreich, die akademische Abschlüsse vergeben dürfen ("[recognised bodies](#)"). Eine Datenbank für die Studiengänge aller Hochschulen findet sich auf der [Website des Universities and Colleges Admissions Service](#) (UCAS), der zentralen Bewerbungsstelle für die Zulassung zum Studium.

Es gibt im UK drei maßgebliche Rankings, die allesamt jährlich erscheinen:

- [Good University Guide](#) der Tageszeitung The Times
- [World University Ranking](#) des Times Higher Education Magazine
- [The Guardian University League Tables](#)

Britische Hochschulen lassen sich in folgende Gruppen unterteilen:

"Ancient universities" (Alte Universitäten), deren Gründungen auf das Mittelalter und die frühe Neuzeit zurückgehen. Hierzu zählen die Universitäten in Oxford, Cambridge, St. Andrews, Glasgow und Aberdeen. Sie bieten in der Regel das gesamte Spektrum traditioneller akademischer Fachrichtungen ab und sind Mitglieder der forschungsorientierten Russell Group.

"Red-Brick Universities", nach den für sie typischen Backsteinfassaden benannt. Sie wurden Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den großen Industriezentren gegründet, ursprünglich mit einem Schwerpunkt auf Ingenieurwesen und Naturwissenschaften. Ihre forschungsorientierten Institutionen gehören heutzutage ebenfalls der Russell Group an. Zu ihnen zählen die Universitäten in Birmingham, Liverpool, Manchester, Leeds, Sheffield und Bristol.

"Plate-Glass Universities", euphemistisch benannt nach den für die 1960er Jahre typischen, mit Glasflächen versetzten Betonbauten. Die Neugründung von acht Universitäten erfolgte um die Mitte der 1960er Jahre infolge eines Aufrufs der Regierung (Robbins Report) nach Erweiterung des Hochschulwesens. Zu ihnen zählen die Universitäten von East Anglia, Essex, Kent, Lancaster, Sussex, Warwick, York und die Universität Aston. Weitere zehn Institutionen, deren Gründung weit früher liegt, die aber in den 1960er Jahren erst Universitätsstatus erhalten haben, werden häufig dieser Gruppe zugeordnet.

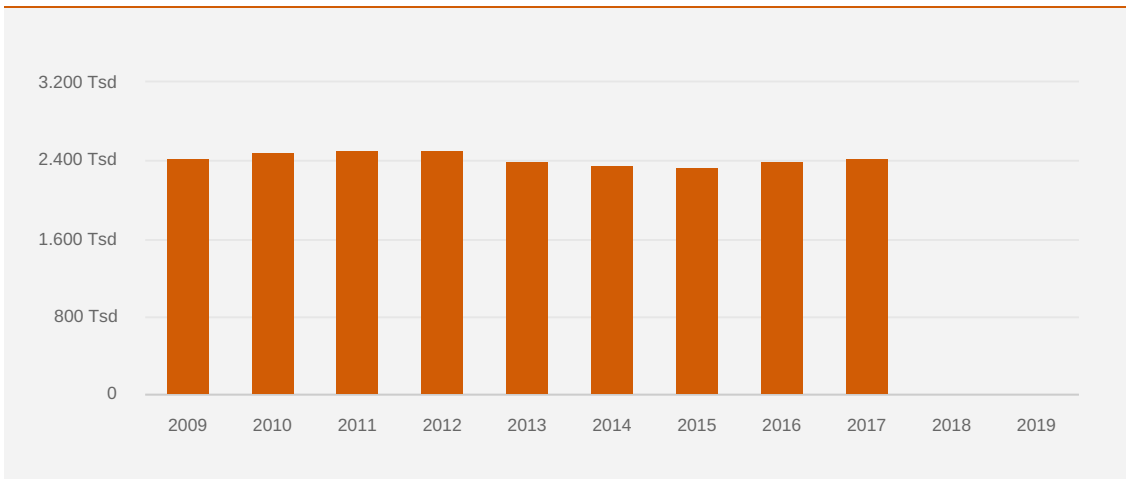
"Post-1992 Universities" (auch Neue Universitäten genannt), die sich größtenteils aus ehemaligen "Polytechnics" (vergleichbar mit Fachhochschulen) bzw. "Central Institutions" (Schottland) und "Teacher Training Colleges" (vergleichbar mit den Pädagogischen Hochschulen, die allerdings keinen Universitätsstatus mit Promotions- und Habilitationsrecht aufweisen) zusammensetzen. Ihr Schwerpunkt liegt meist weniger auf Forschung als auf der Vermittlung von "taught courses" und "vocational courses" (berufsbezogenen Studiengängen), zum Teil in Form sogenannter "short cycle programmes", deren Qualifikation unterhalb des Bachelors anzusiedeln ist (zum Beispiel "foundation degree", "higher national diploma"). Viele Post-1992 Universities sind in der "Mission Group Million+" vertreten, die sich für fairen Zugang zum Studium für alle einsetzt.

Kunst-, Musik- und Landwirtschaftshochschulen

In Anbindung an die oben genannten Universitäten gibt es im Vereinigten Königreich über 700 Colleges, die selbst nicht über "degree awarding powers" verfügen, deren Kurse aber über eine Hochschule mit "degree awarding powers" validiert werden und somit genauso anerkannt sind.

f. Aufbau und Struktur des Studiensystems

Diagramm 9: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden



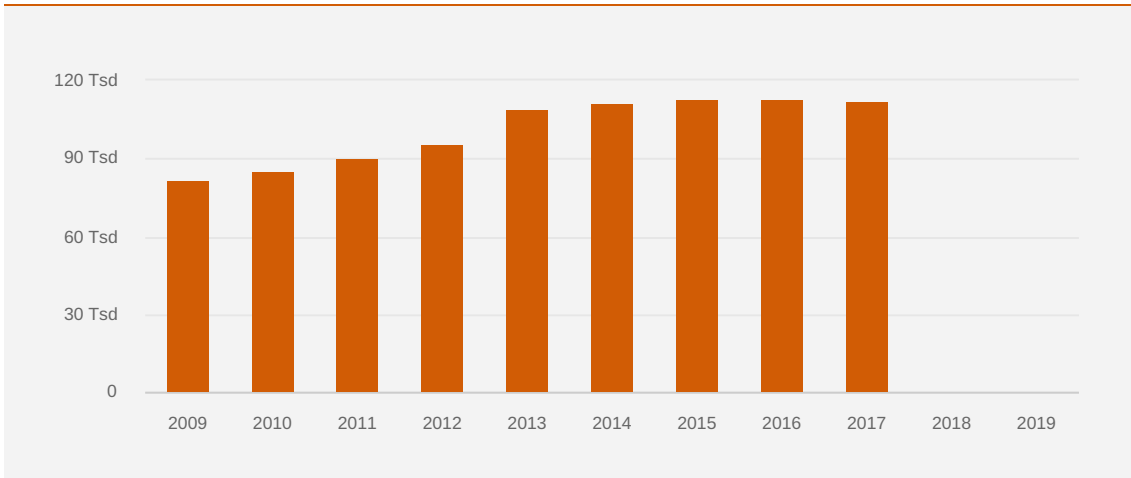
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/unesco-institute-of-statistics)

Kennzahl 11: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden

Vereinigtes Königreich (2019)	2.431.886
Im Vergleich: Deutschland (2019)	2.892.044

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/unesco-institute-of-statistics)

Diagramm 10: Anzahl der Doktoranden



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

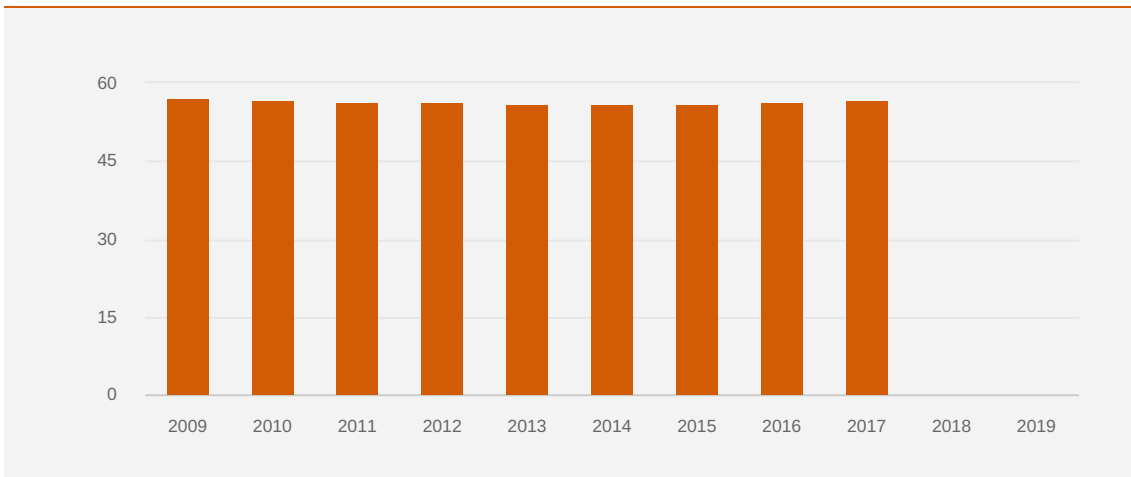
Kennzahl 12: Anzahl der Doktoranden

Vereinigtes Königreich (2019)	112.289
Im Vergleich: Deutschland (2017)	198.300

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 11: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 13: **Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)**

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2019)

56,69

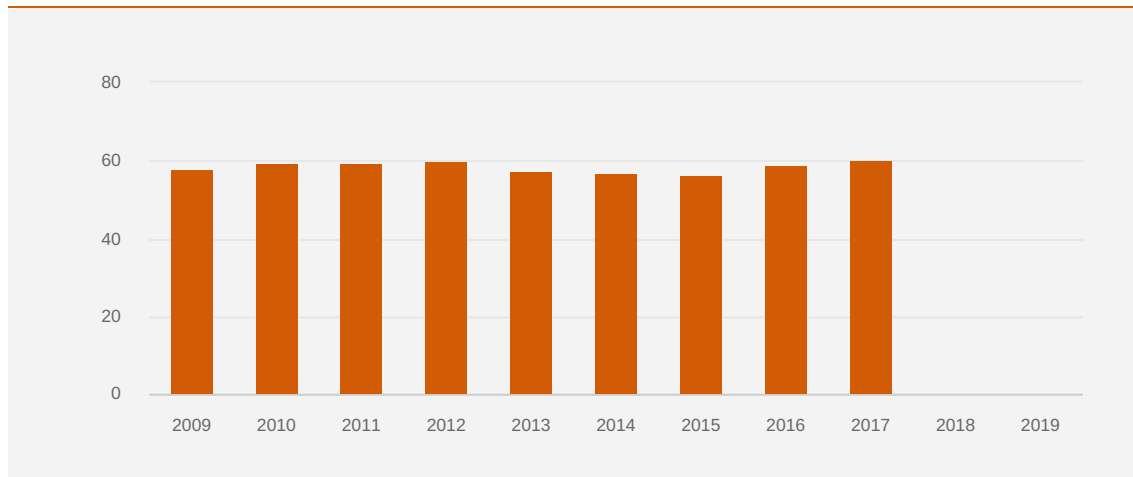
Im Vergleich: Deutschland (2019)

49,32

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 12: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 14: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)**

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2019)

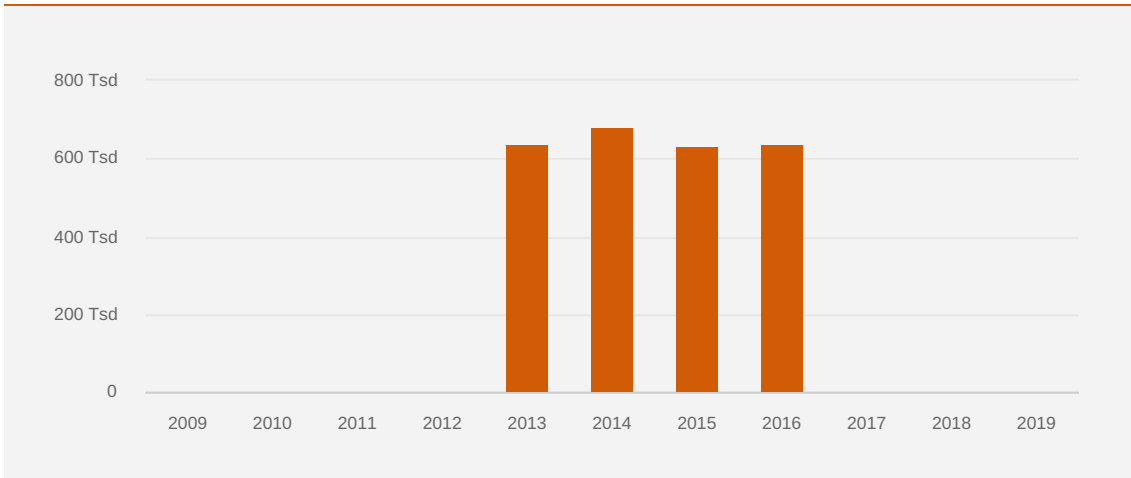
60,00

Im Vergleich: Deutschland (2017)

70,25

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 13: Absolventen BA und MA



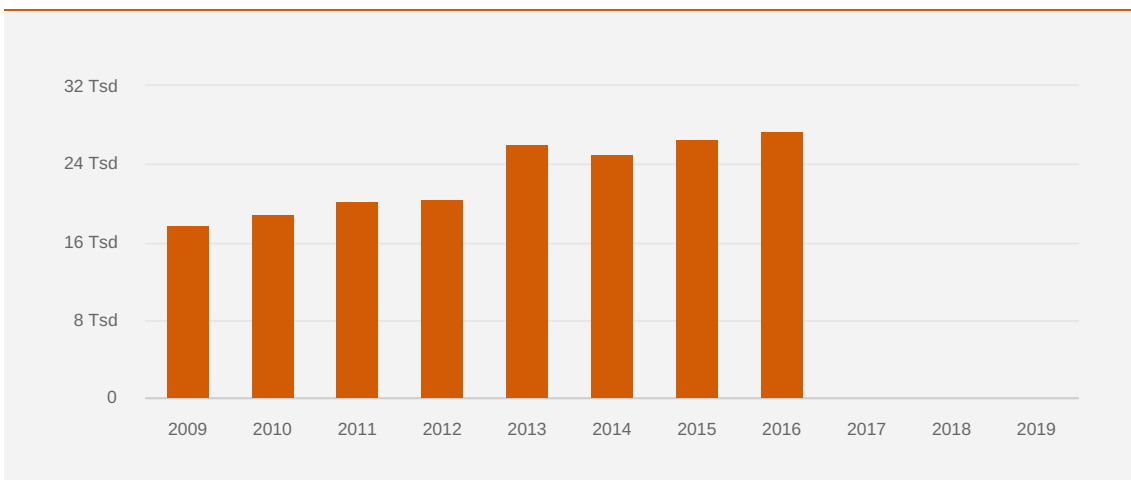
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 15: Absolventen BA und MA

Vereinigtes Königreich (2019)	632.875
Im Vergleich: Deutschland (2018)	388.207

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 14: Absolventen PhD



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 16: Absolventen PhD

Vereinigtes Königreich (2019)

27.366

Im Vergleich: Deutschland (2018)

27.838

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Die Studierendenzahlen im Vereinigten Königreich sind bis 2011, dem letzten Jahr vor der Erhöhung der Studiengebühren, insgesamt gestiegen. Seit dem zwischenzeitlichen Absinken auf das Niveau von 2006 wuchsen sie ab 2015 erneut auf. Die Absolventenzahlen sind über die letzten zehn Jahre insgesamt gestiegen, während die Abbrecherquote im gleichen Zeitraum abgenommen hat. Sie lag zwischen 2017 und 2018 bei 6,8 Prozent (für UK-Studierende im ersten Studienjahr des Bachelorstudiums).

2017/2018 bis 2018/2019 gab es erneut einen Anstieg der Studierendenzahlen um 1,7 Prozent. Dies wird hauptsächlich dem Anstieg von internationalen (Nicht-EU) Studierenden in Masterkursen zugerechnet.

Studierendenzahlen in der Übersicht (2018/2019):

Insgesamt eingeschrieben: 2,38 Millionen, davon:

grundständig studierend: 1,8 Millionen

postgradual studierend: 590.000

in Vollzeit studierend: 1,88 Millionen

in Teilzeit studierend: 518.930

Studierende aus dem UK: 1,9 Millionen

Studierenden aus der EU: 140.000

Studierende von außerhalb der EU: 340.000

Das UK ist Teil des Bologna-Systems, vollzieht dieses aber nicht komplett. Das Studium ist in zwei deutlich voneinander abgegrenzte Bereiche eingeteilt, der erste stark strukturierte Studienabschnitt ("undergraduate studies") schließt in der Regel nach meistens drei oder seltener vier Jahren mit dem Bachelor Degree ab. Danach folgen die "postgraduate studies", die nach meistens einem Jahr, deutlich seltener nach zwei Jahren, mit dem Masterabschluss oder anderen postgradualen Diplomen abschließen. Nach weiterer mindestens dreijähriger Forschungsarbeit kann der Grad des Doctor of Philosophy (Ph.D) erlangt werden.

Um später an einer Schule zu unterrichten, kann man entweder einen Bachelor of Education erlangen oder nach einem ersten Abschluss einen einjährigen Aufbaustudiengang (zum Beispiel Postgraduate Certificate in Education - PGCE) absolvieren. Letzteres trägt, in kompakterer Form, Züge des Referendariats für den Schuldienst in Deutschland.

Die meisten Medizinstudiengänge im Vereinigten Königreich dauern fünf oder sechs Jahre und enden mit der Verleihung eines Bachelor of Medicine beziehungsweise Bachelor of Surgery. An manchen Universitäten (Cambridge, Oxford, University College London, Imperial College London, St Andrews) erhält man zusätzlich nach dem dritten oder vierten Jahr des Studiums den Abschluss BA oder BSc in einem naturwissenschaftlichen Fach.

Das Studienjahr beginnt in der Regel Ende September/Anfang Oktober und endet im Juni. Es ist oft in Trimester, seltener in Semester eingeteilt.

Die Veranstaltungsformate und auch die Wahlfreiheit unterscheiden sich stark je nach Universität und Fach, so dass es schwierig ist, dazu eine allgemeine Aussage zu treffen. Generell gibt es sowohl Vorlesungen mit Klausuren als auch kleinere Seminare oder Tutorials, in denen Studierende

kritisches und wissenschaftliches Denken lernen und Essays verfassen müssen.

Auch das Verhältnis zwischen Hochschullehrern und Studierenden variiert je nach Universität und Fach. Laut OECD liegt das Vereinigte Königreich mit 17 Studierenden pro Hochschullehrer im OECD-Durchschnitt (ebenfalls 17:1) und deutlich über dem Verhältnis an deutschen Universitäten (12:1), doch innerhalb des Landes schwankt diese Zahl sehr. An einigen der Top-Universitäten liegt das Betreuungsverhältnis bei unter zwölf Studierende pro Hochschullehrer, dort bestehen noch engere Kontakte zwischen dem Lehrpersonal und den Studierenden, und der Unterricht findet in kleineren Gruppen statt. An den meisten Universitäten gibt es außerdem persönliche Tutoren, die den Studierenden in universitären und auch privaten Belangen zur Seite stehen. Diese Aufgabe ("pastoral care") hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, unter anderem durch den Umstand, dass Studierende zu Beginn des Studiums sehr jung sind, oft zum ersten Mal für längere Zeit das Elternhaus verlassen und hohe Gebühren zahlen. Letzteres führt dazu, dass Studierende sich wesentlich stärker denn früher als Kunden der Hochschule sehen. Die Zahl derjenigen Studierenden ist merklich gestiegen, die über fachliche und persönliche Belange hinaus spezielle Hilfsangebote, wie sie etwa psychologische Beratungsstellen an Hochschulen vorhalten, in Anspruch nehmen.

Quelle:

- [OECD: Education at a glance](#); S. 403

Die Arbeitslosenquote hängt stark mit dem Bildungsniveau zusammen: der Anteil der als arbeitslos gemeldeten jungen Erwachsenen mit Hochschulabschluss ist deutlich niedriger als der ohne Hochschulabschluss. Die Schlussfolgerung ist, dass die Arbeitsmarktperspektive von Hochschulabsolventen wesentlich besser ist. Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote von Personen ohne Hochschulabschluss gegenüber Hochschulabsolventen fast doppelt so hoch, und die Erwerbstätigenquote bei Hochschulabsolventen ist deutlich höher. Natürlich sind die Berufsaussichten auch stark von der jeweiligen Branche abhängig. Während die Perspektiven im medizinischen und naturwissenschaftlich-technischen Bereich sehr gut sind, ist die Erwerbstätigenquote bei Absolventen der fremdsprachlichen und geisteswissenschaftlichen Fächer niedriger. Verschiedene Studien besagen, dass die Zahl von akademisch Gebildeten in Berufsfeldern zugenommen hat, die nicht notwendigerweise ein Studium erfordern.

Mehr als 90 Prozent aller Absolventen waren im Jahr 2015/2016 innerhalb von sechs Monaten nach dem Abschluss entweder berufstätig oder befanden sich in einem weitergehenden Studium. Für 2019 wurde erhoben, dass Menschen im arbeitsfähigen Alter zwischen 16 und 64 mit einem akademischen Abschluss durchschnittlich 9.000 Pfund mehr im Jahr verdienen als solche ohne tertiäre Qualifikation.

Quelle:

- [Office for National Statistics: Graduate Labour Market 2017](#)
- [Graduate Labour Market Statistics 2016](#), S. 9

Eine Promotion dauert in der Regel drei Jahre. Alle Universitäten (das heißt alle Institutionen mit "degree awarding power") haben das Recht, Dokortitel zu vergeben.

Es gibt vier Akademien der Wissenschaft im Vereinigten Königreich: The Royal Society (Naturwissenschaften), The British Academy (Geisteswissenschaften), The Royal Historical Society (Geschichte) und The Royal Society of Edinburgh (Wissenschaft in Schottland). Diese Akademien unterstützen und fördern Forschung und wissenschaftliche Aufgaben im Vereinigten Königreich. Sie fördern unter anderem Forschungsprojekte, organisieren Vorlesungen und Veranstaltungen und sind allgemeine Vertreter der wissenschaftlichen Interessen des Landes. Die Royal Society berät (bislang) zum Beispiel die EU-Kommission im wissenschaftlichen Bereich. Die Royal Society und die British Academy werden beide von der Regierung durch das Department for Business, Energy and Industrial Strategy (BEIS) gefördert, aber auch durch private Quellen, zum Beispiel durch Spenden.

Strukturierte Promotionen werden im Vereinigten Königreich überwiegend an "Doctoral Training Centres" (DTCs) angeboten. Für jedes DTC ist eine Universität zuständig. Promotionen an DTCs dauern in der Regel vier Jahre, wobei in vielen Fällen das erste Jahr einem Masterstudium entspricht (ein Jahr Master und drei Jahre Promotion). In vielen Fällen erhalten britische Studierende, die an einem DTC promovieren, ein durch die UK Research Councils finanziertes Vollstipendium. Dies gilt auch für Ausländer, sofern sie seit mindestens drei Jahren ihren festen Wohnsitz im Vereinigten Königreich haben, der Aufenthalt nicht begrenzt ist und sie nicht hauptsächlich zu Studienzwecken dort wohnen.

Zulassungskriterien, auch sprachlicher Natur, werden generell von den Universitäten bestimmt. Da grundsätzlich auch für das Promotionsstudium Studiengebühren (im Regelfall 4.250 Pfund) erhoben werden, ist die Zulassung oft vom Zugang zu Fördermitteln abhängig.

g. Hochschulzugang

Die Vergabe beinahe aller Erststudienplätze wird im Vereinigten Königreich über eine zentrale Bewerbungsstelle, den Universities & Colleges Admissions Service (UCAS), geregelt. Zulassungskriterien werden von den Universitäten entschieden, üblicherweise sind aber die Noten der "A Levels" (ähnlich dem deutschen Abitur) und das Motivationsschreiben die wichtigsten Kriterien, zum Teil auch Empfehlungsschreiben von Lehrern. Kandidaten können sich maximal an fünf Universitäten beziehungsweise für fünf verschiedene Studiengänge bewerben.

In der Regel haben Studienanfänger 13 Schuljahre abgeschlossen, da die Schulpflicht im Alter von fünf Jahren beginnt. In einzelnen Fällen ist der Hochschulzugang auch nach weniger Jahren möglich.

Seit 2015 dürfen Universitäten so viele Studierende aufnehmen, wie es ihnen beliebt. Davor wurde die Zahl der zugelassenen Studienanfänger vom Staat begrenzt. Die Zahl der Studienanfänger auf Bachelorniveau lag im Jahr 2016/2017 bei 669.160 und ist 2018/2019 auf 674.410 gestiegen.

Um ein Studium im Vereinigten Königreich aufzunehmen, müssen ausländische Bewerber normalerweise über einen dem britischem Abschluss äquivalenten Schulabschluss verfügen und ausreichende englische Sprachkenntnisse vorweisen. Die meisten Hochschulen verlangen einen Sprachnachweis in Form eines Zertifikats (IELTS, ESOL, TOEFL, CAE, CPE, Cambridge Certificate). Die genauen Zulassungskriterien bestimmt jede Universität selbst. Gleiches gilt für eine Promotion im UK. Es ist mitunter möglich, eine Promotion direkt nach einem Bachelorabschluss zu beginnen, was jedoch stark vom Fach und der jeweiligen Universität abhängt.

Obwohl im Vereinigten Königreich nicht das ECTS-System angewandt wird, werden für Studienleistungen Credits vergeben.

- [UCAS](#)
- [OfS](#)

h. Der Lehrkörper

2018/2019 waren 217.065 wissenschaftliche Mitarbeiter und Dozenten an britischen Universitäten angestellt, Doktoranden sind nicht mitgezählt. Die Zahl für den sogenannten "non-academic staff" lag im selben Zeitraum bei 222.885.

Der Ausbildungsstand des Lehrpersonals an britischen Hochschulen ist grundsätzlich mit dem an deutschen Hochschulen vergleichbar. Ein wesentlicher Unterschied ist jedoch, dass in Großbritannien bereits nach der Promotion selbstverantwortlich gelehrt und geforscht werden kann und keine weitere akademische Qualifikation (wie die Habilitation) erlangt werden muss. Darum ist auch die deutsche Unterscheidung zwischen Professoren und akademischem Mittelbau nicht anwendbar.

Die Durchschnittsgehälter von Akademikern (Professoren: 78.190 Pfund; andere "Senior Academics"-Titel: 82.321 Pfund; Durchschnittsgehalt im akademischen Bereich: 49.082 Pfund) lagen 2014/2015 deutlich über dem nationalen Durchschnittseinkommen von 29.400 Pfund, was eine Hochschulkarriere auch in finanzieller Hinsicht interessant macht.

32 Prozent des gesamten Lehr- und Forschungspersonals an britischen Hochschulen ist international, davon etwas mehr als die Hälfte aus der EU. Die Universitäten des Landes sind auch für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktive Arbeitgeber. Laut Datenerhebung der Higher Education Statistics Agency (HESA) bildeten sie bis 2016 die größte Gruppe (5.540) des internationalen akademischen Personals (exklusive Doktoranden und Administration) im Vereinigten Königreich aus allen 28 EU-Staaten. 2017 wurden Lehrende und Forschende aus Deutschland erstmalig von solchen mit italienischer Staatsbürgerschaft überholt, behalten indes eine starke zweite Position.

Der EU-Anteil an allen Wissenschaftlern, die an britischen Universitäten tätig sind, beträgt 17,6 Prozent, an forschungsstarken Institutionen deutlich über 20 Prozent. Es bleibt weiterhin abzuwarten, welche Folgen der "Brexit" für aktuell und zukünftig potentiell tätige Wissenschaftler aus der EU an britischen Universitäten haben wird. Eine im Januar 2018 veröffentlichte Studie der Online-Zeitung „The Independent“ besagt, dass die Zahl der Kündigungen von EU-Staatsangehörigen im britischen Wissenschaftsbetrieb nach dem Referendum vom Juni 2016 im Vergleich zum Zeitraum davor um 19 Prozent oder 2.300 Personen zugenommen hat. Offizielle Statistiken sind nicht zu erhalten; es zeichnet sich aber ab, dass a) Bewerbungen für vakante Positionen im Land aus der EU deutlich – genannt werden 50 Prozent und mehr – eingebrochen sind, b) Institutionen in Deutschland wesentlich mehr Bewerbungen auf offene Positionen von Deutschen, die bislang im UK forschend und lehrend tätig sind, erhalten. Dies betrifft vor allem die Professorebene. Die Organisation CASE (Campaign for Science and Engineering) veröffentlichte Ende März 2018 eine Studie, die die sinkende Attraktivität des Wissenschaftsstandortes bestätigt. Bewerbungen gingen demnach in der Breite zurück. Als Haupthindernis für Forscherinnen und Forscher aus der EU wird die fortbestehende Brexit-bedingte Unsicherheit genannt.

Quellen:

- [HESA](#)
- [Times Higher Education Pay Survey 2016](#)
- [ONS](#)

i. Akademische Schwerpunkte

Folgende Fächer wurden im Jahr 2018/2019 am stärksten auf Bachelorniveau nachgefragt:

1. Krankenpflege: 117.185
2. Business: 92.935
3. Psychologie: 87.990
4. Informatik: 63.175
5. "Design Studies": 59.980
6. Management: 49.220
7. Sportwissenschaft: 43.065
8. Englisch: 40.465
9. Rechtswissenschaft: 121.050
10. "other subjects allied to medicine": 39.495

Die fachlichen Prioritäten des Staats liegen vor allem bei den MINT-Fächern.

Im Jahr 2017 hat zudem die "UK Industrial Strategy" politisches Gewicht bekommen. Sie beinhaltet spezielle Fördermittel, "to bring together the UK's world leading research with business to meet the major industrial and societal challenges of our time".

Im Times Higher Education World University Ranking 2018 sind unter den Top 10 drei britische und sieben US-amerikanische Universitäten sowie eine schweizerische Hochschule (ETH Zürich, Rangplatz 10) vertreten. Die Universitäten Oxford und Cambridge belegen den ersten und den dritten Platz, das Imperial College London den 10. Rangplatz.

Im europäischen Vergleich liegt das UK auch bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorne: In den Fächern Biologie, Computer-, Geo- und Gesundheitswissenschaften sowie in Psychologie und Sozialwissenschaften verzeichnen britische Universitäten die meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen, in Astronomie und Ingenieurwissenschaften liegen sie hinter den deutschen Hochschulen auf dem zweiten Platz. In den Fächern Mathematik, Chemie und Physik belegt Großbritannien hinter Frankreich und Deutschland den dritten Platz. Insgesamt entfällt eine große Mehrheit der britischen Publikationen auf die Fachbereiche Medizin und Gesundheitswissenschaften.

Im Bereich der Forschungsfinanzierung liegt das Vereinigte Königreich hinter den USA und Deutschland, bedingt durch eine geringere Bruttoinlandsaufwendung für Forschung und Entwicklung.

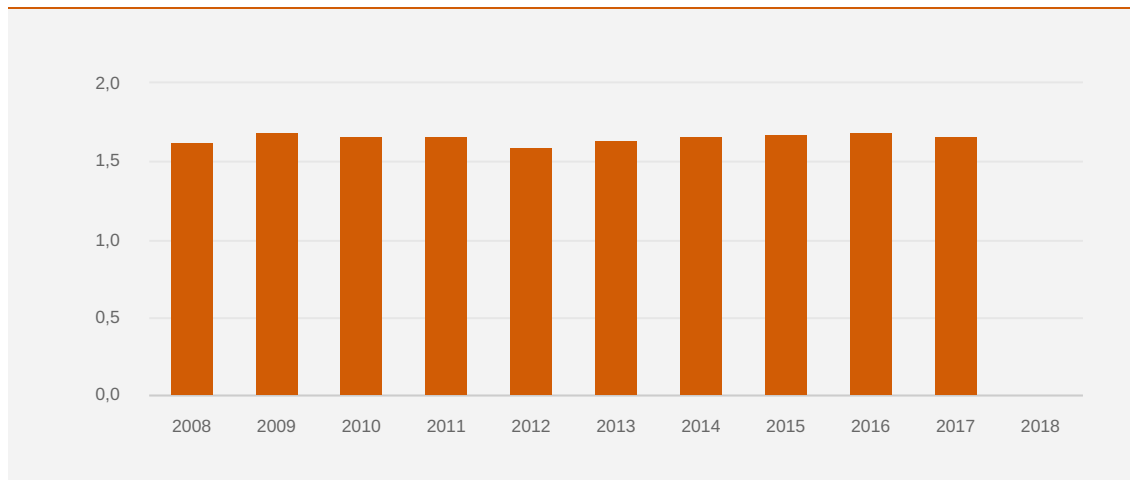
Quellen:

- [HESA Data and Statistics](#)
- [Regierungsbericht: Government outlines higher education funding priorities for 2015 to 2016](#)
- [THE World University Rankings 2018](#)
- [UNESCO Science Report: Towards 2030](#); S. 28; S. 260

j. Forschung

Diagramm 15: Anteil der Forschungsausgaben am BIP

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 17: Anteil der Forschungsausgaben am BIP

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2018)	1,66
Im Vergleich: Deutschland (2017)	3,02

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 18: Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents)

Vereinigtes Königreich (2018)	12.865
Im Vergleich: Deutschland (2018)	46.617

Quelle: [The World Bank. World Development Indicators](#)

Kennzahl 19: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen

Vereinigtes Königreich (2019)	212.519
Im Vergleich: Deutschland (2019)	183.640

Quelle: [SCImago Journal & Country Rank](#)

Kennzahl 20: Knowledge Economy Index (KEI)

Vereinigtes Königreich (2012)	14
Im Vergleich: Deutschland (2012)	8

Quelle: [The World Bank. Knowledge Economy Index](#)

Forschung findet im Vereinigten Königreich – anders als in Ländern mit starken außeruniversitären Forschungsinstituten – fast ausschließlich an den Universitäten statt. So ist Großbritannien mit einem Anteil von außeruniversitären öffentlichen Forschungseinrichtungen von etwa 20 Prozent deutlich mehr auf Hochschulforschung angewiesen als beispielsweise Deutschland (45 Prozent).

Die Rolle der Dachorganisation in Forschungsfragen nehmen im UK die sieben Research Councils ein, die eigene Forschungsinstitute unterhalten oder ihnen zugeordnete Einrichtungen unterstützen. Diese Research Councils, die jeweils einen anderen Fach- oder Fächerbereich abdecken, werden vom Government Office of Science, internationalen Organisationen und der Industrie finanziert. Im April 2018 wurden die Research Councils im Zuge der Neustrukturierung, wie sie der "Higher Education Reform Act" (HERA, siehe oben) vorsieht, in der Organisationsstruktur UK Research and Innovation (UKRI) zusammengefasst.

Etwa alle sechs Jahre (zuletzt 2014/2015) wird die Forschungsstärke britischer Hochschulen im "[Research Excellence Framework](#)" (REF, zuvor "Research Assessment Exercise" – RAE genannt) festgestellt. Vorbereitungen zum REF 2021 sind an britischen Einrichtungen bereits angelaufen. Die Frist zur Einreichung von Unterlagen ist der 27.11.2020. Im Frühjahr 2022 werden die Ergebnisse publiziert. Die Bestimmungen unterschieden sich nur unwesentlich vom REF des Jahres 2014. Die REF-Ergebnisse sind mitentscheidend darüber, wieviel Forschungsgeld aus einem Budget von rund 2 Mrd. Pfund jährlich an die jeweiligen Institutionen und deren Fachbereiche fließen wird.

Im Hinblick auf wissenschaftliche Publikationen ist das Vereinigte Königreich in einem Großteil der Fachbereiche nach den USA führend, besonders in den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie in der Medizin.

Der OECD-Messwert der Patente liegt 2014 bei 1807,77 (Rang 6 unter 36 OECD-Ländern).

Quellen:

- [Kooperation International: Länderbericht Großbritannien](#)
- [OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2015](#): Country Notes United Kingdom
- [OECD Data: Triadic Patent Families](#)

k. Qualitätssicherung und -steigerung

Es gibt drei maßgebliche Rankings, die allesamt jährlich erscheinen:

- Good University Guide der Tageszeitung The Times
- World University Rankings des Magazins Times Higher Education
- The Guardian University League Tables

Die Quality Assurance Agency for Higher Education (QAA) ist ein unabhängiges Organ, das für die Qualitätssicherung von britischen Hochschulen zuständig ist und deren Qualitätsstandards überprüft. Des Weiteren berät die QAA den Privy Council (Kronrat) hinsichtlich der Vergabe der "degree awarding power" an Universitäten und Colleges. Die QAA ist Mitglied des European Quality Assurance Register for Higher Education (EQAR) und der European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA).

I. Hochschule und Wirtschaft

Forschungskooperationen zwischen Hochschulen und Industrie existieren in vielen Fachbereichen, allerdings hauptsächlich in den MINT-Fächern. Das Vereinigte Königreich belegt den vierten Platz im World Economic Forum Ranking für Hochschul-Industrie-Kooperationen in Forschung und Entwicklung 2015 bis 2016.

Im "Dowling Report" der Royal Academy of Engineers (Juli 2015) wird empfohlen, Kooperationen zwischen Hochschulen und Industrie zu stärken, weil diese für die langfristige Industriestrategie des Landes von zentraler Bedeutung sind. Laut dem Bericht sollten insbesondere langfristige Kooperationen entwickelt werden (die Mehrheit der existierenden Kooperationen sind eher kurzfristige Forschungsprojekte). Die Meinungen zur Zusammenarbeit sind in Hochschulen und in der Industrie nicht identisch. Chancen für Kooperationen werden beiderseits vor allen Dingen in strukturierten Promotionsprogrammen gesehen, die im Wesentlichen von den Research Councils (in etwa vergleichbar mit der DFG), die seit Frühjahr 2018 in UKRI zusammengefasst sind, finanziert werden.

Quellen:

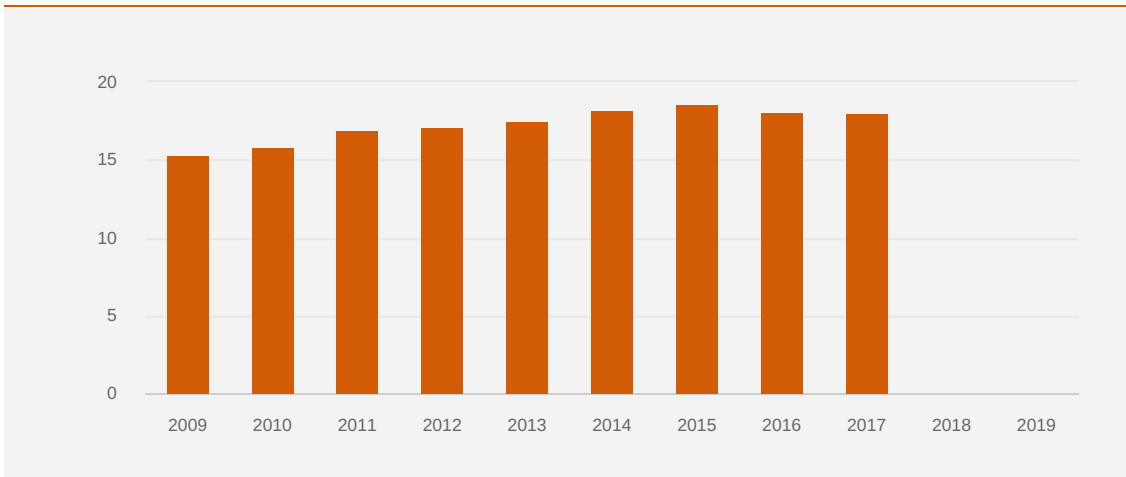
- [World Economic Forum Global Competitiveness Report 2015-2016](#)
- [The Dowling Review of Business-University Research Collaborations, July 2015](#)

3. Internationalisierung und Bildungskooperation

a. Internationalisierung des Hochschulsystems

Diagramm 16: Anteil ausländischer Studierender

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 21: Anteil ausländischer Studierender

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2019)

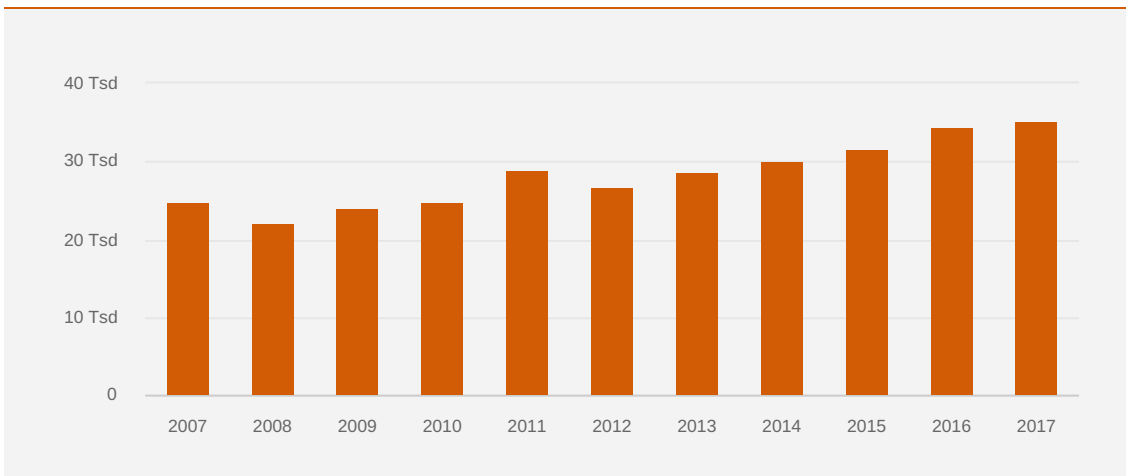
17,92

Im Vergleich: Deutschland (2018)

9,90

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 17: Im Ausland Studierende (Anzahl)



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 22: **Im Ausland Studierende (Anzahl)**

Vereinigtes Königreich (2017)

35.252

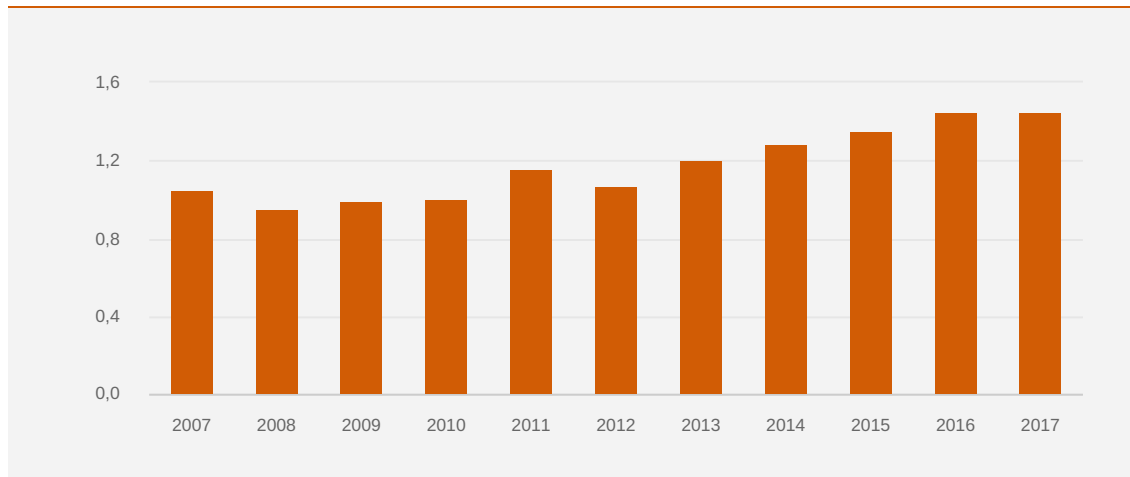
Im Vergleich: Deutschland (2017)

122.195

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 18: **Im Ausland Studierende (Prozent)**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 23: **Im Ausland Studierende (Prozent)**

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2017)

1,45

Im Vergleich: Deutschland (2017)

3,95

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 24: **Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende**

1. USA/Vereinigte Staaten
2. Niederlande
3. Deutschland
4. Australien
5. Frankreich

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#) (2017)

Akademische Internationalität hat in Großbritannien eine lange Tradition. Die Internationalisierung der britischen Hochschulen ist nicht zuletzt dadurch begünstigt und geprägt, dass die englische

Sprache heute als die globale Verkehrssprache dient, unverzichtbar gerade auch für die Kommunikation in der Wissenschaftswelt.

Das Ausländerstudium ist zweifellos das hervorstechendste Merkmal der britischen Internationalisierung. 435.734 internationale Studierende stellten 2019 18 Prozent der Studierendenpopulation. Die Zahl der EU-Studierenden lag im gleichen Zeitraum bei 5 Prozent, entsprechend 13 Prozent von außerhalb der EU. Die Hauptherkunftsländer außerhalb der EU sind VR China (96.543 Studierende) und Hong Kong (16.580), Indien (16.421) Malaysia (16.350), die USA (16.178). Innerhalb der EU sind Italien (13.376), Deutschland (13.220) und Frankreich (13.089) am stärksten vertreten.

Die Hochschulverwaltungen unterscheiden internationale Studierende bislang hierbei hinsichtlich zwei Herkunftsgruppen: die den Briten rechtlich gleichgestellten EU-Staatsangehörigen und "echte" internationale Studierende. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe. Erstens unterliegen die von der Hochschule erhobenen Studiengebühren bei Nicht-EU-Bürgern im grundständigen Studium keiner staatlichen Beschränkung und können auch im postgradualen Studium in frei festgesetzter Höhe von den Gebühren für Briten und EU-Staatsangehörige abweichen. Zweitens dürfen die Universitäten so viele Studierende aus dieser Gruppe zulassen, wie es ihnen beliebt. Die Begrenzung der Höchstzulassungszahl von grundständig Studierenden an öffentlich finanzierten Hochschulen wurde 2015 aufgehoben. Das Vereinigte Königreich nimmt auch am Bologna-Prozess teil, vollzieht ihn aber nicht in allen Details.

Es ist noch nicht entschieden, welche Konsequenzen der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU für dieses Klassifizierungssystem ausländischer Studierender haben wird. Laut Zusage der britischen Regierung (Juli 2018) bleiben Studierende aus der EU auch im Jahr 2020/2021 für die gesamte Dauer des Kurses hinsichtlich der Studiengebühren britischen Studierenden gleichgestellt, Schottland, generell pro-europäischer eingestellt, hatte sich bereits zuvor bereit erklärt, ab 2019/20 EU-Staatsangehörige schottischen Studierenden gleichzustellen.

Während es bei der Frage der Studiengebühren noch eine Übergangsfrist gibt für diejenigen, die ihr Studium im Vereinigten Königreich noch vor Ende der Übergangsphase am 31.12.2020 angetreten hat (s. o.), gelten ab dem 1.1.2021 die neuen Visumsbestimmungen, die nicht mehr zwischen EU- und anderen internationalen Studierenden unterscheidet.

Britische Hochschulen genießen in vielen Bereichen Autonomie und sind auch für ihre Internationalisierungsstrategien selbst verantwortlich. Etwa ein Drittel der internationalen Studierenden wurde 2013/2014 über Agenturen an britische Hochschulen vermittelt. Laut einer Studie des Times Higher Education Magazine (THE) zahlten sie hierfür gut 89 Mio. Pfund an Vermittlungsprovision.

Sechs britische Hochschulen sind Mitglieder der International Association of Universities, und 63 sind Mitglieder der European University Association (EUA). Unter den 23 Universitäten im LERU-Verband (League of European Research Universities) sind mit Cambridge, Edinburgh, Imperial College London, Oxford und University College London fünf aus dem UK (Angaben von Juni 2018).

Aufgrund des Brexit hat sich die Bereitschaft britischer Institutionen tendenziell erhöht, bilaterale Kooperationsprojekte mit kontinentaleuropäischen Partnern einzugehen. Dafür gibt es fachlich-inhaltliche Gründe (Kooperationen erhalten und ausbauen), aber auch finanzielle (weiterer Zugang zu EU-Förderprogrammen). Bevorzugte Länder sind bislang vor allem Frankreich, Deutschland, Belgien und die Niederlande. Prominentestes Beispiel in Deutschland ist die Kooperation der Universität Oxford mit den drei Berliner Universitäten sowie dem Klinikum Charité, die im Dezember 2017 bekanntgemacht wurde. Die Universität Cambridge vereinbarte im Mai 2018 eine strategische Partnerschaft mit der LMU München. Beide Universitäten gehören der LERU-Vereinigung an. Die Universität Nottingham tritt verstärkt internationalen Netzwerken wie dem European Consortium of Innovative Universities (ECIU) bei, an dem aus Deutschland die TU Hamburg-Harburg beteiligt ist. Das King's College London (KCL) ist weiterhin aktiv, die Kooperation mit der TU Dresden auszubauen und empfing vor einigen Monaten eine Delegation der bayrischen Landesregierung und dortiger Universitäten. Im Oktober 2018 vereinbarten das Imperial College London und die TU München eine "Flagship Partnership". Ebenfalls eine Partnerschaft vereinbart haben die Leuphana

Universität Lüneburg und die Universität Glasgow. Außerdem steigt das Interesse der britischen Universitäten auf den Kontinent Niederlassungen auszugründen. Ein Beispiel dafür ist die neu gegründete Lancaster University Leipzig. Es ist anzunehmen, dass sich weitere bi- oder multilaterale Kooperationen in verschiedenen Stadien der Planung oder Umsetzung befinden.

Quellen:

- [UKCISA: International student statistics: UK higher education](#)
- [HESA](#)

b. Bildungsk Kooperationen und Partnerorganisationen

Der British Council fördert internationale Beziehungen durch Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft, insbesondere durch die Dachkampagne "Britain is GREAT" (zuvor "Education UK"). Außerdem bietet er englische Sprachkurse sowie Förderprogramme an.

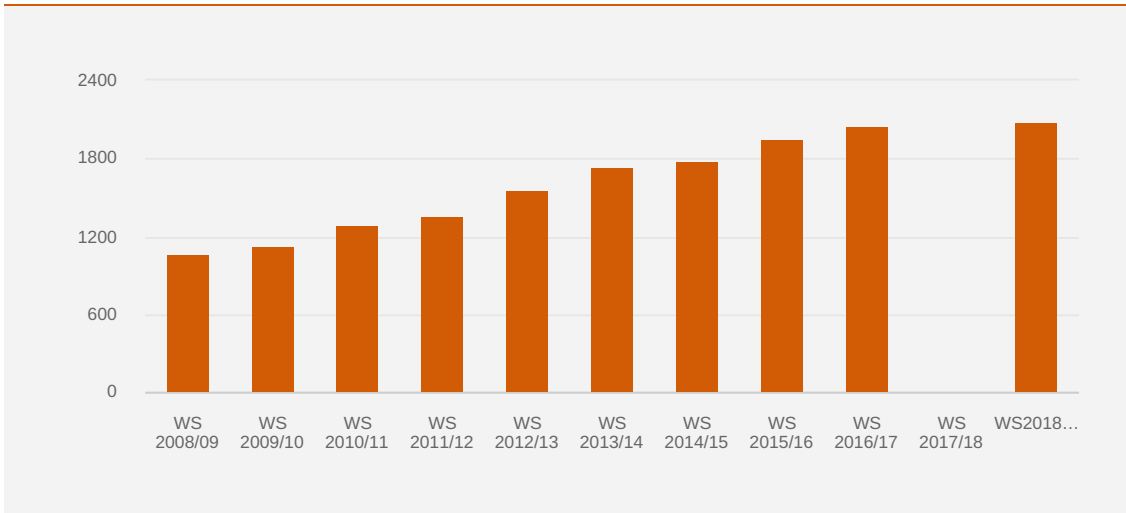
Die vom [British Council](#) veröffentlichte Website [Study-UK](#) ist eine umfassende Quelle für Informationen über Studiengänge an britischen Hochschulen und das britische Bildungssystem einschließlich vieler praktischer Hinweise für internationale Studierende.

Der DAAD unterhält eine Außenstelle in London, die für das Vereinigte Königreich und die Republik Irland zuständig ist. Des Weiteren gibt es Goethe-Institute in London und Glasgow. An deutschen Forschungseinrichtungen sind außerdem im Vereinigten Königreich vertreten: das Max Planck UCL Centre for Computational Psychiatry and Ageing Research mit Sitz in London, das Max Planck-Cambridge Centre for Ethics, Economy and Social Change (seit März 2018) sowie das Fraunhofer Centre for Applied Photonics in Glasgow, welches zu Fraunhofer UK Research Ltd gehört.

Im Herbst 2018 kündigte die DFG den Ausbau der bestehenden Forschungskoooperation mit dem britischen Arts and Humanities Research Council (AHRC) an.

c. Deutschlandinteresse

Diagramm 19: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland



Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 25: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland

Vereinigtes Königreich (WS2018/19)

2.079

Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 26: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland

Vereinigtes Königreich (2019)

1.675

Quelle: [Hochschulkompass \(HRK\)](#)

Kennzahl 27: Anzahl der DAAD-Förderungen

Geförderte aus Deutschland (2019)

7.507

Geförderte aus dem Ausland (2019)

666

Quelle: [DAAD](#)

Grundsätzlich sind Deutschlands Universitäten für ihre lange Forschungstradition und Innovationsstärke bekannt und hoch angesehen. Dafür spricht auch die relativ hohe Zahl von Nachwuchswissenschaftlern, die nach einem Studium in Deutschland von britischen Universitäten angenommen werden. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass ein Studium in Deutschland als eine hervorragende fachliche Qualifikation betrachtet wird. Bezüglich der bevorzugten Fachrichtungen lässt sich kein eindeutiger Schwerpunkt ausmachen.

Umgekehrt ist die Nachfrage deutlich geringer, wobei das englischsprachige Studienangebot

deutscher Hochschulen, vorwiegend auf Master- und Promotionsniveau, einen leichteren Zugang für britische Studierende bietet. Grundständig können in Deutschland aufgrund bestehender ZAB/KMK-Regularien (siehe Datenbank "anabin") hingegen nur wenige britische Schulabsolventen ein Studium aufnehmen.

Da in vielen Studiengängen im UK ein Erasmus-Jahr an einer europäischen Partnerhochschule oder ein Erasmus-Praktikum integriert ist, verbringen einige Studierende dieses Jahr ganz oder teilweise in Deutschland oder einem anderen Land des Erasmus-Raumes. Erasmus-Stipendien sind daher ein bekannter und beliebter Weg bei britischen Studierenden, eine gewisse Zeit ihres Studiums im Ausland zu verbringen.

Es ist derzeit immer noch nicht abzusehen, welche Folgen der Brexit für das Programm Erasmus+ und dessen Nachfolger ab 2021 haben wird. Im Kontext eines nicht auszuschließenden Wegfalls des Programms steht die von Universities UK (UUK) im November 2017 gestartete Kampagne „Go international: Stand out“. Deren ehrgeiziges Ziel ist es, die studentische Mobilität von aktuell 6,6 Prozent auf 13 Prozent bis zum Jahr 2020 in etwa zu verdoppeln. Gleichzeitig plädiert UUK nachdrücklich für die Beibehaltung des Programms Erasmus+ und wird darin auch von der britischen Regierung unterstützt. In einer Stellungnahme machte die neue Staatsministerin für Universitäten, Michelle Donelan, deutlich, dass sie weiterhin den internationalen Austausch und eine Teilnahme an Erasmus+ befürwortet. Allerdings machte sie auch klar, dass die weitere Teilnahme am Erasmus+-Programm nur für eine begrenzte Zeit sei und unter Bedingungen, die im Interesse des Großbritanniens sind. Gleichzeitig verkündete Donelan Pläne für ein nationales Mobilitätsprogramm, mit einer internationalen statt europäischer Ausrichtung.

Etwa 53 Prozent der gesamten studentischen Auslandsmobilität des UK findet innerhalb von Erasmus+ statt. Ein Wegfall des Programms ohne Aussicht auf kurz- bis mittelfristige Kompensation wäre daher aus Sicht der allermeisten Beteiligten sehr bedauerlich.

Die Auslandsmobilität britischer Studierender ist insgesamt wesentlich geringer als etwa diejenige deutscher Studierender ausgeprägt, für die Universitäten im UK zu den attraktivsten Destinationen zählen. EU- und sonstige Programme, die auf quantitativer Ausgewogenheit basieren, stoßen entsprechend dann an Grenzen, wenn bilaterale Nachfrage und Angebot nicht zueinander passen. Zuletzt nahmen britische Hochschulen im Rahmen von Erasmus+ knapp doppelt so viele Studierende (circa 31.000) auf als sie selbst in den Erasmus-Raum entsandten (etwa 16.000). Diese Unwucht wird mitunter kontrovers diskutiert, nicht zuletzt weil Erasmus-Austauschstudierende keine Gebühren entrichten, auf die britische Hochschulen zunehmend angewiesen sind.

DAAD-Individualstipendien sind und bleiben ein wichtiges Förderinstrument. Darüber hinaus sind Fördermittel für Projekte, die sich mit Deutschland-bezogenen Themen beschäftigen, besonders nachgefragt, etwa im DAAD-Programm "Promoting German Studies" (PGS). Es wurde im Jahr 2017 evaluiert und im Mai 2018 zum vierten Mal ausgeschrieben. Seit Herbst 2018 werden hier fünf Vorhaben mit einer Laufzeit zwischen zwei und drei Jahren gefördert. Im Januar 2016 nahm das vom DAAD für zunächst fünf Jahre projektfinanzierte [Forschungszentrum für Deutschlandstudien an der Universität Cambridge](#) seine Arbeit auf. Es kooperiert intensiv mit deutschen und internationalen Partnern. Im November 2019 ist das Zentrum positiv evaluiert worden und wird damit ab 2021 weitere fünf Jahre gefördert.

d. Deutsche Sprachkenntnisse

Deutschlernende gesamt 2020: 1.168.380
DaF-Lernende Schulbereich 2020: 1.150.000
Zuwachs im Vergleich zu 2015: -383.840
Deutschlernende Studierende 2020: 15.580
Zuwachs im Vergleich zu 2015: +4.580

Deutsch hat einen schweren Stand: Hinsichtlich der Deutschlernenden im Vereinigten Königreich

muss weiterhin eine generell negative Bilanz gezogen werden. Der Weggang sprach-affiner EU-Bürgerinnen und -bürger lässt das ohnehin schwache Interesse an Fremdsprachen weiter sinken. Siehe hierzu auch den [Bericht des Auswärtigen Amtes "Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2020"](#) (S. 22):

„Seit der letzten Erhebung 2015 hat sich der Trend verstetigt, dass Deutsch – wie auch die meisten anderen Fremdsprachen außer Spanisch – lediglich eine marginale Rolle im britischen Bildungswesen spielt. 2020 liegt die Zahl der Deutschlernenden an Schulen und Hochschulen bei 1.168.380, das sind 24,5 Prozent weniger als 2015. Konkurrenz haben Deutsch und weitere Fremdsprachen durch die MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sowie zunehmend auch durch Chinesisch. Stärkste Fremdsprache ist Spanisch, das nach seinem merklichen Aufschwung in den letzten Jahren allerdings ebenfalls stagniert. Diverse regionale Bildungsreformen haben den Stand der Fremdsprachen zusätzlich geschwächt. Der Beginn des Abwärtstrends liegt zwar lange vor dem EU-Referendum, aber es gibt erste Hinweise für einen negativen Brexit-Effekt durch die Abwanderung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Die zu befürchtende Sprachenkrise kann nur durch eine politische Gegenbewegung für europäische Fremdsprachen aufgehalten werden, für die es allerdings von britischer Seite keine Anzeichen gibt. Die Entwicklung im Studienfach Germanistik ist eine Folgeerscheinung der dramatischen Situation des Deutschunterrichts im Schulsektor. Viele Germanistikabteilungen wurden abgewickelt oder sind von der Schließung bedroht. An 55 Hochschulen kann man das Fach Deutsch/Germanistik noch studieren. Signifikant ist der gegenläufige Trend für Deutschsprachkurse an Hochschulen außerhalb der Germanistik, der jedoch nicht zuletzt von internationalen Studierenden geprägt wird. An den Erwerb von Deutschkenntnissen zusätzlich zu einem akademischen Abschluss sind vor allem Erwartungen an erweiterte Karriereoptionen geknüpft. Angesichts der prekären Lage setzen die Auslandsvertretungen und Sprachmittler-Organisationen alle Kräfte ein, um ein Umdenken hervorzurufen. Es gilt, die Nützlichkeit von Sprachen zu betonen und den öffentlichen Diskurs um das Fremdsprachenlernen von negativen Stereotypen zu befreien.“

In den letzten Jahren ist im Vereinigten Königreich ein Rückgang der Möglichkeiten, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben, zu verzeichnen. Im Schulbereich (GCSE/Scottish Standard Grade und A-Levels) sind die Zahlen der Deutschlerner seit Jahren rückläufig (Scottish Higher Levels steht als Ausnahme, mit einem leichten Anstieg im letzten Jahr): 2019: 41.222 GCSE-Prüfungen und 2.684 A-Level-Prüfungen. Die Motivation für das Erlernen von Fremdsprachen ist bei englischen Muttersprachlern insgesamt gering. Sie gelten als arbeitsintensiv und werden nach allgemeinem Dafürhalten strenger benotet als andere Fächer. Da dies insbesondere auf Deutsch und Französisch zuzutreffen scheint, wurde 2019 eine Kommission eingerichtet, die sich dieses Problems annehmen und Abhilfe schaffen soll. Im Bereich der Hochschulbildung ist Deutsch zwar noch die am dritthäufigsten angebotene Sprache an britischen Universitäten, jedoch wurden in den letzten Jahren einige "German Departments" verkleinert oder ganz geschlossen. Diese Tendenz setzt sich fort. Darum ist auch die Zahl der Deutschlernenden unter den Studierenden in den letzten Jahren gesunken. Auch im Zuge des "Brexit" ist mit keiner Kehrtwende zu rechnen. Im Gegenteil: Mehr denn je ist eine aktive und sichtbare Unterstützung der Schulen und Universitäten beim Thema Deutschunterricht von Nöten, um aus dem Teufelskreis von zu wenigen Schülerinnen und Schülern reduzieren den Bedarf an qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern und diese Reduzierung bedingt wiederum das fehlende Sprachangebot, auszubrechen. Bei "German Studies"-Programmen (Bachelor) ist in den letzten Jahren die Zahl der Bewerber ebenfalls niedriger gewesen. Wie im Schulbereich spiegelt dies einen allgemeinen Trend wider, denn die Bewerberzahlen für "French Studies" und "Spanish Studies"-Programme sind ebenfalls rückläufig. 2019 gab es 7.932 Schlussprüfungen ("A-levels") in Spanisch, 7.601 in Französisch und 2.272 in Chinesisch.

Bei der Werbung für ein Studium in Deutschland ist aufgrund dessen das Angebot an postgradualen englischsprachigen Studiengängen hervorzuheben. Vielen Briten und Drittstaatlern ist nicht bewusst, dass sie grundsätzlich auch ohne Deutschkenntnisse für ein englischsprachiges Studium in Deutschland in Frage kommen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Zahl der Deutschlerner auf absehbare Zeit nicht ansteigen wird, sollte daher die werbende Information für ein postgraduales Studium auf Englisch im Vordergrund stehen. Insgesamt gesehen bietet das UK ein substantielles

postgraduales Rekrutierungspotenzial für deutsche Hochschulen. Neben Briten können hier Interessenten für postgraduale Angebote aus der ganzen Welt erreicht werden, zum Beispiel auf der jährlich Anfang Oktober in London stattfindenden Nature Jobs Career Expo.

Nicht-EU-Ausländer zahlten im Vereinigten Königreich im Studienjahr 2016/17 laut Erhebung des Times Higher Education Magazins im Bachelorstudium durchschnittlich 13.394 Pfund ("Classroom" - plus 45 Prozent gegenüber dem sogenannten Home Fee Status 9.250 Pfund), 15.034 Pfund ("Laboratory" - plus 63 Prozent) bis zu 24.169 Pfund ("Clinical" – plus 161 Prozent) pro Jahr an Studiengebühren, die Lebenshaltungskosten nicht mit eingerechnet. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ist wahrscheinlich, dass – nach einer Übergangsfrist – diese Studiengebühren auch für EU-Ausländer gelten werden.

Quelle:

- [Times Higher Education: International and Postgraduate Fees Survey 2018](#)
- [GCSE Ergebnisse Deutsch 2019](#)
- [A-Level Ergebnisse Deutsch 2019](#)
- [Rangliste Sprachprüfungen bei A-Levels](#)

e. Hochschulzugang in Deutschland

1. Für den Zugang von Studienbewerberinnen und -bewerbern mit Sekundarschulabschlüssen aus dem Vereinigten Königreich: England, Wales und Nordirland zum Studium an deutschen Hochschulen gelten ab dem Wintersemester 2017/2018 folgende Bewertungsvorschläge:

Das Zeugnis

- General Certificate of Education - Advanced Level (GCE AL)

in Verbindung mit dem

- General Certificate of Education - Advanced Subsidiary Level (GCE AS)

oder in Verbindung mit dem

- Advanced International Certificate of Education (AICE)

oder in Verbindung mit

- Cambridge-PreU (siehe Ziffer 4)

eröffnet den direkten, fachgebundenen Hochschulzugang, sofern die Grundvoraussetzungen sowie die fachspezifischen Voraussetzungen erfüllt sind:

1.1 Grundvoraussetzungen

Nachzuweisen sind vier Prüfungsfächer, die voneinander unabhängig sein und allgemeinbildenden, nicht berufsbildenden Inhalt haben müssen. Unter diesen Prüfungsfächern müssen folgende Fächer vertreten sein:

- eine Sprache
- Mathematik oder eine der Naturwissenschaften Biologie, Chemie oder Physik.

Mindestens drei der vier Fächer müssen auf dem Niveau des General Certificate of Education - Advanced Level (GCE AL) bestanden sein, für das vierte Fach ist das Niveau des General Certificate of Education - Advanced Subsidiary Level (GCE AS) hinreichend.

1.2 Fachspezifische Anforderungen für einzelne Studienbereiche

Geistes-, rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche sowie künstlerische Studiengänge:

- ein Fach im GCE-Advanced Level, das der gewählten Studienrichtung entspricht
- bei Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zusätzlich ein GCE-Advanced Level im Fach Mathematik

Naturwissenschaftliche Studiengänge:

- zwei der folgenden GCE-Advanced Level-Fächer: Mathematik, Biologie, Chemie, Physik

Technische und mathematische Studiengänge:

- GCE-Advanced Level im Fach Mathematik und
- eins der folgenden GCE-Advanced Level-Fächer: Biologie, Chemie, Physik, Informatik

Medizinische Studiengänge:

- drei der folgenden GCE-Advanced Level-Fächer: Mathematik, Biologie, Chemie, Physik

1.3 Zusätzliche Maßgaben, die die Anforderungen gemäß Ziffer 1.2 nicht ersetzen

a) Zwei Fächer auf dem Niveau des GCE-Advanced Subsidiary Level können anstelle eines GCE-Advanced Level in die Bewertung einbezogen werden.

b) Die Fachleistungen der mindestens fünf Fächer im AICE sind als Einzelfächer auf dem Niveau des Advanced Subsidiary Level zu bewerten. Bei der Vorlage eines AICE sind für den Hochschulzugang darüber hinaus nur zwei dieser fünf Fächer im GCE Advanced Level nachzuweisen, da obige Besonderheit (zwei AS-Fächer können ein AL-Fach ersetzen) beim AICE den Regelfall darstellt.

c) Nachweise von GCE AS/AL Prüfungsfächern, die dem berufsbildenden Bereich zugeordnet werden, können im Einzelfall nach Rückfrage bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen anerkannt werden.

d) Die 2005/2006 eingeführten "GCE Applied A Level", die die seit 2002 eingeführten sogenannten "Vocational Advanced Level" im Rahmen des Vocational Certificate of Education (VCE) abgelöst haben, die wiederum die Advanced General National Vocational Qualifications (Advanced GNVQs) abgelöst haben, werden für den Hochschulzugang in der Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtigt.

e) Die sogenannten "Key skills" auf Level 1,2,3 und 4 in den Bereichen "Application of Number", "Communication" und "Information Technology" können in der Regel auf Level 3 durch zusätzliche Leistungen im Rahmen des GCE AL Unterrichts erworben werden. Diese werden von britischen Universitäten beim Hochschulzugang herangezogen, werden jedoch im Rahmen des Hochschulzugangs in der Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtigt.

f) Eine Sprachprüfung im Fach Englisch, die nicht im Rahmen von GCE AL/AS Prüfungen abgelegt worden ist, kann nicht als Ersatz für ein Fach im GCE AL/AS gewertet werden.

g) Sofern die Prüfungsleistungen durch vorläufige Ergebnismitteilungen "Statement of Results" bzw. "Candidate Statement of Provisional Results" der "Awarding Bodies" (Prüfungsbehörden) und/oder der "Examinations Centres" (Prüfungszentren) dokumentiert werden, können diese als Grundlage für die Entscheidung über die Hochschulzugangsqualifikation herangezogen werden. Die Bewerberinnen und Bewerber werden jedoch verpflichtet, die offiziellen Prüfungszeugnisse bis zum Beginn des zweiten Studienseesters vorzulegen.

2. In den Fällen, in denen eine Beratung durch die zuständigen deutschen Stelle auf der Grundlage der bis dahin geltenden Bewertungsvorschläge erfolgt ist, wird im Rahmen des Vertrauensschutzes entschieden, ob eine Einstufung nach den Bewertungsvorschlägen Vereinigtes Königreich: England,

Wales und Nordirland von 1997 in der Fassung von 2001 oder nach den Bewertungsvorschlägen Vereinigtes Königreich: England, Wales und Nordirland in der neuen Fassung günstiger ist.

3. Auswirkungen des verkürzten gymnasialen Bildungsganges (G8)

Dauer des Schulbesuchs:

Im Regelfall wird bei der Bewertung von 12 aufsteigenden Schuljahren ausgegangen. Sofern diese Bedingung nicht erfüllt ist, gibt es folgende Alternativen:

a) Zur Anerkennung als Hochschulzugangsberechtigung ist das erfolgreiche Ablegen einer zusätzlichen Prüfung gemäß der "Rahmenordnung für den Hochschulzugang mit ausländischen Bildungsnachweisen, für die Ausbildung an den Studienkollegs und für die Feststellungsprüfung" (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.04.1994 in der jeweils geltenden Fassung) erforderlich. Die Anerkennung als Hochschulzugangsberechtigung wird auch möglich durch ein erfolgreiches Hochschulstudium von mindestens einem Jahr in einem Land, dessen Reifezeugnisse in Deutschland den Hochschulzugang direkt oder nach einem einjährigen erfolgreichen Studium eröffnen.

b) Zur Anerkennung als unmittelbare Hochschulzugangsberechtigung sind im Zeugnis der zuletzt besuchten deutschen Schule durchschnittlich gute Leistungen nachzuweisen.

4. "Cambridge Pre-U"-Qualifikationen

a) Für den Zugang von Studienbewerberinnen und -bewerbern mit "Cambridge Pre-U"-Qualifikationen zum Studium an deutschen Hochschulen gelten die Grundvoraussetzungen (siehe Ziffer 1.1) und die fachspezifischen Anforderungen für einzelne Studienbereiche (siehe Ziffer 1.2) der Bewertungsvorschläge Vereinigtes Königreich: England-Wales-Nordirland unverändert.

b) Dabei werden

- ein "Cambridge Pre-U Principle Subject" einem "GCE Advanced Level" und
- ein "Cambridge Pre-U Short Course" einem "GCE Advanced Subsidiary Level" gleichgestellt.

c) Das "Cambridge Pre-U"-Fach "Global Perspectives and Independent Research" kann einen GCE Advanced Subsidiary Level ersetzen, wenn

- ein "Cambridge Pre-U Diploma" nachgewiesen wird und
- die Grundvoraussetzungen sowie die fachspezifischen Anforderungen bereits durch die übrigen Fächer erfüllt sind.

Weitere Anforderungen unter: [anabin](#)

4. Empfehlungen für deutsche Hochschulen

a. Hochschulkooperationen – FAQ

Wesentliche Herausforderungen in der Hochschulkooperation mit dem Vereinigten Königreich sind:

- unterschiedliche Strukturen, zum Beispiel das meist einjährige Masterstudium an britischen Universitäten gegenüber dem zweijährigen Masterstudium in Deutschland
- die Höhe der Studiengebühren im Vereinigten Königreich und die unterschiedliche Studienfinanzierung
- Schwierigkeiten bei der Anerkennung: Im Vereinigten Königreich existiert oft ein Trimester- statt ein Semestersystem und Prüfungen finden am Ende des akademischen Jahres statt. Es gibt daher nicht selten Schwierigkeiten, wenn deutsche Studierende nur ein Semester in im Land verbringen wollen
- weniger Interesse bei britischen Studierenden, im Ausland zu studieren, sowie mangelnde Deutsch- und sonstige Fremdsprachenkenntnisse
- Fortbestehende Unsicherheiten im Hochschulsektor aufgrund des EU-Austritts
- Um die Folgen des Brexit abzumildern, besteht andererseits auf britischer Seite aktuell verstärktes Interesse an bi- oder multilateralen Kooperationen mit europäischen Partnern, vor allem im Forschungsbereich (siehe vorgenannte Beispiele wie Universität Oxford - Berliner Universitäten / Klinikum Charité, strategische Partnerschaften, zum Beispiel Universität Cambridge mit LMU München und Imperial College London mit TU München).

5. Länderinformationen und praktische Hinweise

a. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis

Studierende aus dem europäischen Wirtschaftsraum und aus der Schweiz benötigen bislang und bis zum Ende der Transitionsphase am 31.12.2020 kein Visum.

Studierende aus Deutschland (sowie aus den anderen EU-Staaten) müssen ab dem 1.1.2021 ein Visum beantragen für eine Einreise und einen nicht-touristischen Aufenthalt im Vereinigten Königreich.

Derzeit (vor Abschluss der Verhandlungen über ein Austrittsabkommen mit der EU) ist davon auszugehen, dass EU-Studierenden wie alle anderen ausländischen Studierenden ein "[Tier 4 Student Visa](#)" beantragen müssen. Dafür benötigt werden unter anderem Nachweise a) der garantierten Zulassung zu einem Studiengang, b) des Sprachniveaus, c) der ausreichenden finanziellen Mittel. Das Sprachniveau muss durch einen offiziellen Test nachgewiesen werden, meistens durch den "Secure English Language Test" (SELT).

Studierende, die weniger als sechs Monate im Vereinigten Königreich bleiben (zum Beispiel im Rahmen von Short-course study programmes, English Language Courses) brauchen ein "Short-term study visa". Man kann mit diesem Visum auch bis zu elf Monate bleiben, wenn ein Englischsprachkurs belegt wird.

Auch für Praktikanten aus dem europäischen Wirtschaftsraum und aus der Schweiz werden sich die Visumsregelungen ändern. Auch hierbei ist von einer Angleichung an die Richtlinien für alle nicht-europäischen Länder auszugehen. Praktikanten benötigen dann ein "Tier 5 (temporary worker – government organised exchange) visa", für das eine Finanzierungsquelle nachzuweisen ist, zum Beispiel eine Austauschorganisation, die Heimatregierung oder eine Universität.

Lehrende/Wissenschaftler aus dem europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz werden ebenfalls ab dem 1.1.2021 ein Visum benötigen. Werden auch hier die Richtlinien angegeglichen, müssen Personen, die eine Arbeitsstelle in einem hochqualifizierten Bereich haben, ein "Tier 2 (general) visa" oder in manchen Fällen ein "Tier 1 (exceptional talent) visa" beantragen. Die britische Regierung hat zur Anwerbung hochqualifizierter internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler außerdem ein neues Visaregime unter dem Namen "Global Talent Visa" eingeführt.

Nähere Auskünfte finden sich auf der [Website der britischen Botschaft in Deutschland](#).

b. Lebenshaltungskosten und Unterkunft

Aktuelle Erhebungen geben die jährlichen durchschnittlichen Lebenshaltungskosten für einen Studierenden im UK mit 12.200 Pfund an, in London liegen sie etwa 2.500 Pfund darüber. Andere Statistiken gehen von bis zu 15.000 Pfund für die Begleichung der Lebenshaltungskosten aus, wobei die standortbedingte Spreizung erheblich ist.

NatWest, eine britische Bank, hat 2019 einen "[Student Living Index](#)" erhoben. Unter 35 Hochschulstädten rangierten bei durchschnittlichem studentischem Lebensstandard Cardiff, Bristol, Leicester, Southampton, Manchester auf den vorderen fünf Plätzen im Hinblick auf Erschwinglichkeit. Glasgow, Reading, Aberystwyth, Edinburgh, London belegten wiederum die Plätze 31 bis 35 und waren entsprechend teuer. Im Mittelfeld, auf den Plätzen 16 bis 20, liegen Newcastle, Durham, York, Oxford, Canterbury.

Die Platzierung Londons an 34. Stelle bestätigt Erfahrungen des DAAD aufgrund von Rückmeldungen Geförderter. Dass Oxford im NatWest-Index auf Platz 9 landet und damit als recht erschwinglich gilt, überrascht mehr denn die Platzierung Cambridges auf Rang 30. Generell

verbreitet sind hohe Mieten (Achtung: Die Mietpreise werden meistens pro Woche und nicht, wie in Deutschland, pro Monat angegeben!). Vor allem in London sind zudem die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel große Ausgabeposten, die es zu berücksichtigen gilt.

Zur Berechnung studentischer Lebenshaltungskosten je Standort siehe auch: [Which University? Student finance: The average cost of living at university... revealed.](#)

Im ersten Studienjahr des Bachelorstudiums wohnen die meisten Studierenden (sofern sie aus Kostengründen nicht weiterhin zuhause bei den Eltern leben) in Studentenwohnheimen. Danach ist es üblich, ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft oder, sofern es die Mittel erlauben, eine kleine Wohnung zu mieten. Eine Reihe von Wohnungen werden durch die Universitäten vermietet, viele Studierende mieten aber auch privat ein Zimmer. Die Immobilienpreise in London liegen höher als vor Beginn der Finanzkrise. Ein Umkehrtrend ist nicht absehbar, wobei sich die Steigerungskurve zuletzt abgeflacht hat und in einigen Londoner Segmenten nach jahrelanger Steigerung sogar geringfügig sank.

Eine [Übersicht über verschiedene Unterkunftsmöglichkeiten](#) gibt der British Council.

Weitere Informationen zur Finanzierung des Studiums im UK bietet der [International Student Calculator](#).

c. Sicherheitslage

Es gelten die [Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts für Großbritannien](#).

d. Interkulturelle Hinweise

Höflichkeit wird im UK im alltäglichen Umgang groß geschrieben. Die gilt für das Verhalten auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Museen und so weiter. Diese an und für sich erfreuliche Eigenschaft gilt auch für die Sprache, die häufig "kodierte" ist. Als Neuling im Land muss man sich diese erschließen. So wird Kritik in aller Regel indirekt(er) geäußert, auch im akademischen Leben. Siehe dazu etwa die Beispiele im Independent-Artikel [Chart shows 'what the British say, what they really mean, and what others understand'](#) (11.11.2015).

e. Adressen relevanter Organisationen

[DAAD-Außenstelle London](#)

1 Southampton Place
London
WC1A 2DA

[Embassy of the Federal Republic of Germany](#)

23 Belgrave Square/ Chesham Place
London
SW1X 8PZ

[Consulate of the Federal Republic of Germany](#)

16 Eglinton Crescent
Edinburgh
EH12 5DG

[National Academic Recognition Information Centre](#)

UK NARIC

Suffolk House
68-70 Suffolk Road
Cheltenham
GL50 2ED

[Goethe-Institut London](#)

50 Princes Gate
Exhibition Road
London
SW7 2PH

[Goethe-Institut Glasgow](#)

3 Park Circus
Glasgow
G3 6AX

[British Council](#)

10 Spring Gardens
London
SW1A 2BN

[Department for Business, Energy and Industrial Strategy](#)

1 Victoria Street
London
SW1H 0ET

[National Union of Students](#) ("Studentenwerk")

Ian King House
Snape Road
Macclesfield
SK10 2NZ

f. Publikationen und Linktipps

- [The official website for comparing UK higher education course data](#)
- [Universities UK](#)
- [Study UK](#)
- [Kooperation International - Großbritannien](#)

Allgemeine Informationen zur Anbahnung von Hochschulzusammenarbeit finden sich darüber hinaus auf der Website des **DAAD-Kompetenzzentrums** für Internationale Hochschulkooperationen (www.daad.de/de/infos-services-fuer-hochschulen/kompetenzzentrum), das der DAAD gegenwärtig aufbaut. Geplante thematische Schwerpunkte sind angewandte Wissenschaften, Risiko- und Sicherheitsfragen, Rechtliche Rahmenbedingungen und Forschungsoperationen.

Impressum

Autoren

Ruth Krahe, Leiterin der DAAD-Außenstelle London

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst

German Academic Exchange Service

Kennedyallee 50, D-53175 Bonn

www.daad.de

Referat S21 – Koordinierung Regionalwissen

Redaktion

Dr. Claudia Nospickel

Datenquellen

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Data:

<https://data.oecd.org>

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Statistics:

<http://stats.oecd.org>

SCImago. SJR–SCImago Journal & Country Rank: <http://www.scimagojr.com>

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Genesis-Online. Datenlizenz by-2-0:

<https://www.genesis.destatis.de>

UNESCO Institute of Statistics (UIS): <http://data.uis.unesco.org/>

United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population

Prospects: <http://esa.un.org/unpd/wpp/Download/Standard/Population/>

Wissenschaft Weltoffen. Herkunft ausländischer, Bildungsausländer-,
Bildungsinländer-Studierender nach Erdteilen, Regionen, Herkunftsstaaten:

<http://www.wissenschaftweltoffen.de/>

The World Bank, Knowledge Economy Index: <https://knoema.com/WBKEI2013/knowledge-economy-index-world-bank-discontinued>

The World Bank. Data: <http://data.worldbank.org>

The World Bank. World Development Indicators: <http://wdi.worldbank.org/table/5.13#>

Erstellungsdatum der Analysetexte und Zugriff der Datenquellen

Juni 2020 (Analyse), 14.05.2020 (Daten)

Erläuterung einzelner Kennzahlen

Kaufkraftparitäten (KKP)

Um volkswirtschaftliche Größen wie beispielsweise das BIP international vergleichbar zu machen, ist eine einfache Umrechnung nach aktuellen Wechselkursen nicht ausreichend, da die Kaufkraft zwischen Währungsräumen erheblich abweichen kann. Auf dieser Basis wird berechnet, wie viel Einheiten der jeweiligen Währung notwendig sind, um den gleichen repräsentativen Güterkorb zu

kaufen, den man für 1 USD in den USA erhalten könnte.

Gini-Koeffizient

Maß zur Darstellung von [Ungleichverteilungen](#), benannt nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini, 1884-1965. Der Wert liegt zwischen 0 und 1 bzw. 0 und 100% (0 = totale Gleichheit, 100 = totale Ungleichheit). Werte der Weltbank variieren zwischen 63,2 (Lesotho) und 24,7 (Dänemark).

Knowledge Economy Index

Der Knowledge Economy Index ist ein Indikator der Weltbank, mit dem gemessen wird, in wieweit Wissen effektiv für wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt wird. Dazu werden die „4 Säulen der Wissensökonomie“ herangezogen: Wirtschaftlicher Anreiz und administrative Rahmenbedingungen; Bildung und Humanressourcen; Innovationssystem; Informations- und Kommunikationstechnologie.

Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)

Anzahl der Studierenden unabhängig vom Alter, ausgedrückt als Prozentsatz der Bevölkerung zwischen 20 und 24 Jahren. Wegen Studierenden, die jünger oder älter sind, ist die Zahl höher als die Studierendenquote eines Jahrgangs. Eine detailliertere Definition ist unter <http://uis.unesco.org/en/glossary-term/gross-enrolment-ratio> zu finden.

Publikationen

Anzahl der jährlichen Publikationen in peer-reviewed Literatur (Zeitschriften, Bücher und Konferenzbände).

Patente (Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents))

Anzahl der Patente aus den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, die in einem Jahr von Einwohnern dieses Landes im Land registriert wurden.

Auflage

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht.



Dieses Dokument ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz \(CC BY 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bitte beachten Sie die [Regelungen zur korrekten Benennung der Urheber und Quelle sowie Übersetzungen](#).

Alle Angaben ohne Gewähr.

Diese Veröffentlichung wird aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an den DAAD finanziert.

